

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 130 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 9. Juni 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Hindenburg und Meißner
als Zeitungsgründer

Seite 2

Nationalsozialistische
Dokumente

Seite 3

Hilfer und
die Rüstungsinternationale

Seite 4

Frauen in Barbarien

Seite 7

Kommt die Binnenmark? Gestern und heute

Experimente der deutschen Währungspolitik

Nachdem die Reichsmark im Auslande zwei Tage stark gefallen war, ist sie am Donnerstag wieder auf 5,78 bis 5,78 französische Franken gestiegen, aber immerhin noch 5 v. H. unter der Goldparität geblieben. Die leichte Erholung ist durch eine Intervention der Reichsbank bewirkt worden. Die Reichsbank schien zunächst die Bedeutung des diesmahligen Sturzes nicht erkannt zu haben; sie hat erst am Donnerstagnachmittag stützend eingegriffen. Die gleichgeschaltete Presse, soweit sie überhaupt zu dem Marksturz Stellung nimmt, trägt sich damit, daß es der Reichsbank wieder gelungen sei, die angebotenen größeren Marksbeträge aufzufangen.

In einigen Kommentaren kommt ziemlich unverständlich zum Ausdruck, daß die Entwicklung einer Binnenmark zuhauert. Ueber die tieferen Gründe dieser Entwicklung lassen wir nachstehend unseren wirtschaftspolitischen Mitarbeiter zu Worte kommen.

Nach offiziellen deutschen Angaben ist die Rohstoffversorgung der wichtigsten deutschen Industrien durch die Anlage von „eisernen Beständen“ angeblich auf vier bis fünf Monate gesichert. Das im ersten Quartal 1934 bei der Einfuhr eine sehr starke Vorverlagerung betrieblen wurde, ist auch im Auslande allgemein vermerkt worden. Angesichts der bevorstehenden Transferkonferenz hatte man damals in Berlin ein großes Interesse daran, die Devisenlage so ungünstig wie irgend möglich darzustellen und für die Fortsetzung des Aufrüstungsprogrammes blieb es schließlich ziemlich gleichgültig, ob man über den betreffenden Devisenstand oder über die hierfür eingeführte Rohstoffmenge selbst verfügte.

Auch sonst geht die deutsche Wirtschaftspolitik offensichtlich darauf aus, lieber Rohstoffe als Devisen anzusammeln. Erst kürzlich kam dies darin zum Ausdruck, daß man Sowjetrußland ersuchte, an Stelle der im Jahre 1934 aus alten Lieferungen fällig werdenden Goldzahlungen von etwa 700 Millionen Reichsmark entsprechende Rohstofflieferungen vorzunehmen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diese an und für sich zweifellos vorhandene Vorverlagerung tatsächlich für vier oder fünf Monate ausreicht, oder ob man diese etwas optimistische Behauptung hauptsächlich deswegen aufgestellt hat, um die im „dritten Reiche“ selbst immer deutlicher werdende Skepsis über die kommende Wirtschaftsentwicklung zu bekämpfen. Jedenfalls steht fest, daß man heute selbst im Exportgeschäft darauf bedacht ist, mit Rohstoffen, die man in absehbarer Zeit kaum mehr erziehen kann zu sparen, und daß man sogar lieber Auslandsbestellungen ablehnt, als daß man in der Form von Fertigfabrikaten Rohstoffe exportiert, die man für den Zweck der Aufrüstung kaum so leicht einkaufen kann. In gleicher Linie liegen die mehr oder weniger phantastischen Angaben über Methoden, die wichtigsten ausländischen Rohstoffe durch inländische Surrogate zu ersetzen. Erfahrungen dieser Art hat man im Krieg sammeln können, und es hat sich fast immer herausgestellt, daß es selbst bei größtem Rohstoffaufwand und hervorragenden technischen Leistungen, von wenigen Einzelfällen abgesehen, nicht möglich war, auf diese Weise längere Zeit hindurch die ausländischen Rohstoffe zu ersetzen.

Dies gilt in erster Reihe gerade von den für die militärische Aufrüstung Deutschlands wichtigsten Industrien. Die Erziehung des Landes ist völlig unzureichend und es war nur im Weltkriege durch die Besetzung französischer und belgischer Gebiete möglich, sie zu erweitern. Heute stammen mindestens 60 Prozent der Rohstoffe der deutschen Schwerindustrie aus dem Auslande und bei der für militärische Zwecke ebenfalls hochwertigen Textilindustrie beläuft sich der ausländische Rohstoffanteil sogar auf 95 Prozent. Auch in der Ernährungsfrage sollte man sich vor der Ueberschätzung des hitlerdeutschen Schlagwortes von der Lebensmittel-Autarkie hüten, denn die Beträge, die Deutschland besonders in der Fettversorgung noch immer für den Bezug ausländischer Rohstoffe benötigt, gehen in die Milliarden.

Das allergrößte wird man allerdings weiter im Austausch gegen den Export von Fertigfabrikaten herbeizubekommen können, aber diese Mengen werden, ganz abgesehen von der ständigen Verschärfung der politischen Situation immer geringer, weil Deutschland keine Konkurrenten am Weltmarkt durch seine hohen Preise der Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt immer mehr einbüßt.

Bisher war es möglich, auf dem Wege der Dumpingdar-

stellung, die in den hohen Exportpreisen liegenden Ausführungserschwerungen zu mildern. Jetzt wird man auf andere Mittel sinnen müssen, denn ohne besondere Dumpingmaßnahmen wäre die deutsche Ware im Auslande schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit selbst dann nicht abzulegen, wenn die Schwertstellung der Handelspolitik, der bevorstehenden Zwangsmaßnahmen, des politischen Konflikts um nicht bestehen würden. Ein Vergleich der Großhandelsindizes der wichtigsten Exportstaaten (Deutschland: 94) zeigt dies ganz deutlich. Von den außerdeutschen Ländern steht hier die Schweiz mit einem Index von 91 etwa an erster Stelle. Es folgen die Tschechoslowakei (nach der Devaluation der Kr.) mit 81, Frankreich mit 79, England mit 65, die USA mit 64 und Japan mit 49. Zur Verbilligung seiner Preise hat Deutschland bisher unter dem Hitlerregime so auf wie nichts getan und aus innenpolitischen Gründen auch nicht tun können, weil Industrie und Landwirtschaft jeden Verlust einer wirklichen Preislenkung mit einer oppositionellen Haltung beantwortet hätten, der sich die Hitlerregierung nicht ausliehen konnte. Ebenso wenig hat man sich bisher in Deutschland dazu entschlossen, den Weg der Devaluationspolitik zu betreten mit dem zuerst England, später die USA, und schließlich die Tschechoslowakei eine Verringerung ihrer Exportmöglichkeiten durchsetzten. Dieser Weg war dem Hitlerregime bisher durch den Widerstand des Mittelstandes auf dessen Gefolgschaft man angewiesen ist und auch durch die immer wiederholten Erklärungen verbaut, daß man den Kurs der Mark unter allen Umständen aufrecht erhalten werde.

Heute ist man auf diesem Gebiete gezwungen, politische Rücksichten preiszugeben. Heute rüftet Deutschland zu einem neuen gefährlichen Experiment, das die internationale Besserung der Konjunktur in vielleicht nicht geringem Maße beeinträchtigen dürfte: Hitlerdeutschland bereitet eine Binnenwährung vor.

Der Export von Reichsbanknoten ist seit einiger Zeit auf ein Minimum reduziert worden da der im Auslande notierte Kurs der sogenannten „alten Reichsmark“ seit Monaten nur noch dadurch auf seiner Parität gehalten werden kann, daß die Reichsbank die angebotenen Beträge durch Herausgabe von Devisen übernimmt. Angesichts der Kapitalflucht, die sich heute infolge des enghirnigen Kontrollnetzes der deutschen Devisenlenkung ganz vorwiegend auf dem Wege über den Schmuggel von Marknoten abspielt, ist die Erfüllung dieser Aufgabe für die Reichsbank immer schwieriger und kostspieliger geworden. Jetzt ist man bereit, das schon früher von Professor Wagemann empfohlene Rezept durchzuführen

und die mit Gold gedeckten Reichsbanknoten lediglich für den Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande zu reservieren, während der Zahlungsmittelbedarf des Inlandes durch ein Binnengeld gedeckt wird das über keine Golddeckung verfügt.

Nach den von Schacht jetzt aufzunehmenden Plänen Wagemanns will man den Wert dieser neuen deutschen Binnenmark dadurch aufrecht erhalten, daß man nur eine bestimmte Menge dieser Noten in Umlauf setzt, und von denen nicht mehr druckt, als es in dem Inlande umgesetzten Warenmengen entspricht. Selbstverständlich ist es ganz unmöglich, die richtige Höhe dieses Notenumlaufes zu errechnen und den währungspolitischen Experimenten, vor allem aber die Möglichkeit, sich durch Geldschöpfung immer neue Möglichkeiten zu erschaffen, ist auf diese Weise freier Lauf gelassen.

Unter diesen Verhältnissen dürften sich die neuen Gesetze, die alle Preisveränderungen, mit Ausnahme der agrarischen, mit hohen Strafen bedrohen, ebenso als ein Schlag ins Wasser erweisen wie die ähnlichen Maßnahmen in früheren Inflationsperioden.

Zunächst haben sich besonders bei denjenigen Waren, die überwiegend aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, auch schon Preisveränderungen von 10 bis 12 v. H. ergeben. Sie mögen teilweise rein psychologisch durch die Erwägung begründet sein, daß die Rohstoffe knapp werden und daß die Industrie, vor allem die Textilfabrikanten ihre Ware bereits zurückhalten. Angesichts der bevorstehenden währungspolitischen Experimente wird sich aber diese Entwicklung auch durch die schärfsten Strafbestimmungen nicht aufhalten lassen. Angesichts der bevorstehenden wügenden Rohstoffnot und des ohne ausländische Hilfe nicht mehr heilbaren Rohstoffmangels steht Deutschland am Vorabend einer Periode gefährlicher Währungs- und Wirtschaftsexperimente, die den ökonomischen — und damit schließlich den politischen — Zusammenbruch des Hitler-Regimes allenfalls für einige Monate verzögern und verschleiern, aber niemals verhindern werden.

Der Stadtschreiber der SA, Reichsminister Röhm, hat einen mehrwöchigen Krankheitsurlaub angetreten. Um allen Mißdeutungen, die daran etwa geknüpft werden könnten, von vornherein vorzubeugen, läßt der Stadtschreiber erklären, daß er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt in vollem Umfange weiterführen werde.

Seit einigen Wochen läuft in Berlin der sogenannte zweite Gereke-Prozess. Die Zeitungen melden fast nichts davon, und das Publikum ist auch nicht neugierig. Eine wunderbare Teilnahmslosigkeit umschwebt diesen Prozeß, in dem die interessantesten Geheimnisse aus der Vorgeschichte des „dritten Reiches“ ans Tageslicht kommen könnten.

Gestern aber hat Goebbels mit einem Mal den eisernen Vorhang aufgezogen. Das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro bringt plötzlich ein Stück aus der Verhandlung, und alle Zeitungen drucken es nach. Warum, wieso?

Der ehemalige Landrat, Reichskommissar und Minister Dr. Gereke gehörte einmal zu Hindenburgs bevorzugten jungen Männern. Der alte Herr hatte unter den jüngeren Konservativen immer einen besonderen Liebling — von seinen alten Junkern in Ostpreußen nicht zu reden. Mal war es der einstige Kapitänleutnant Treviranus, dann der ins Zentrum verirrte Konservative Dr. Brüning — zuletzt eben jener Dr. Gereke. Dinssem Dr. Gereke hat das „dritte Reich“ wegen angeblicher Unterschlagungen den Prozeß gemacht. Er wurde in erster Instanz auch verurteilt, doch stand dies Urteil auf nicht sehr festen Füßen. Jetzt läuft die Berufungsverhandlung.

Aber nicht die angeblichen Veruntreuungen des Dr. Gereke sind das Interessante an dem Prozeß. Das sind vielmehr seine Beziehungen zu Hindenburg, die dort mit breitem Behagen auseinandergelagt werden. Dr. Gereke war der Mann, der im Frühjahr 1932 neben Brüning am stärksten den Wahlkampf für den Reichspräsidenten von Hindenburg gegen den Reichspräsidentenkandidaten Hitler führte. Vor allem mobilisierte er die Goldleute durch einen sogenannten Hindenburg-Ausschuß, der mehrere Millionen für den Wahlkampf zusammenbrachte. Einen Teil dieser Mittel dachte er dann später für eine politische Parteigründung unter dem Protektorat Hindenburgs zu verwenden — eine Sache, mit der schwerlich alle Geldgeber und sicherlich die wenigsten Wähler Hindenburgs einverstanden gewesen wären.

Eine saftige politische Schiebung ist da probiert worden. Und was für seine Leute waren alles beteiligt! Nicht nur Herr von Gleichen, der Präsident des Herrenklubs, nicht nur der ewige Finanzier der Reaktion Dr. Regendanz (wo kamen eigentlich Hitlers Kreuzer-Millionen her?) — sondern auch Hindenburgs Staatssekretär Dr. Meißner und selbstverständlich des alten Herrn lieblicher Sohn Oskar von Hindenburg. Die haben in aller Biederkeit das Scherlein der armen Witwe und auch das Gold des reichen Mannes, die beide nur die Wahl Hindenburgs sichern sollten, dazu beizutragen wollen, um eine neue Partei und eine neue Zeitung auf die Beine zu bringen. Und was waren die geheimsten Ziele dieser Gruppe? Im vorigen Prozeß hat Herr Treviranus ausgeplaudert, man habe im geheimen vorgehabt, nach einer Anstandsfrist Hitler doch noch an die Macht zu bringen; Brüning wollte zu diesem Zweck freiwillig zurücktreten. Das war im engeren Kreise schon früher bekannt; nun aber hat ein Zeuge es bestätigt. Möglich, daß diese Planemacher auch mit diesem Projekt im Grunde nur Hitler hereinlegen wollten — aber das, was sich im Schicksalsjahr 1932 deutsche Innenpolitik nannte, erscheint jedenfalls immer mehr als ein einziger Sumpf des Betrugs und der Unaufrichtigkeit.

An diesem perfiden Spiel waren Hitler, Göring und Goebbels ebenso beteiligt, wie die Männer, die jetzt teils auf der Anklagebank, teils auf der nicht viel besseren Zeugenbank sitzen. Das Nachrichtenbüro aber zieht den Vorhang gerade in dem Augenblick hoch, in dem ein schiefes Licht auf die Zeugenbank fällt. Denn dieser Prozeß erschüttert in erster Linie die Autorität eines Mannes: des alten Reichspräsidenten von Hindenburg selbst. Der „große alte Mann über uns“ — so hat Goebbels ihn in seinem soeben veröffentlichten Tagebuch noch angehimmelt. Zugleich aber veröffentlicht er Prozeßberichte, die den „großen alten Mann“ als Schutzpatron und Nuggießer der erwähnten Treibereien erscheinen lassen.

Das ganze heißt deutsche Treue.

Argus.

„Le Figaro“

Paris, 8. Juni. Die alte Zeitung „Le Figaro“ ist mit einer neuen Leitung ausgestattet worden, die sehr bekannte Namen bringt. In dem Direktionsausschuß sitzt unter andern Graf Bladimir d'Ormesson, dessen neues Buch „Was ist ein Franzose?“ heute erscheint. Dem Leitungsausschuß gehören ferner an die bekannten Schriftsteller Pierre Briffon, André Maurois (Pseudonym für Herzog), Paul Morand und ein früherer Chefredakteur des Figaro, Lucien Romier. Der Regentenannte ist auch der eigentliche Direktor des Blattes, eine Stellung, die nach französischem Brauch Verlag und Schriftleitung zusammenschließt. Vollständiger Hauptschriftleiter ist René Lara, literarischer Hauptschriftleiter Pierre Briffon.

Noch viel zu gelinde!

Man muß mehr Zeitungen verbieten — fordert das Blatt Streichers

Zu dem dreimonatigen Verbot des „Bayerischen Anzeigers“ begründet mit dem Abdruck eines Artikels des Kardinals Faulhaber, schreibt die „Frankfurter Tageszeitung“: „Man hat man wieder einmal zugegriffen und eine von jenen gleichgeschalteten und so „lovalen“ Blättern, die früher dem System dienten und am Auftrage aller möglichen anderen dunklen Mächte in der widerlichen Weise gegen den Nationalsozialismus zu Felde zogen, verboten. Jetzt werden sie im stillen Beten und Nordio schrien, und gewisse Weiser werden hergehen und von Ungerechtigkeiten klären. Wir aber sagen: Noch viel zu gelinde geht man mit ihnen um, und wenn es noch ein wenig, dann würde man heute noch einem halben Duzend von Zeitungen das Lebenslicht ausblasen, die ihrer ganzen Vergangenheit nach, und auch infolge der Tatsache, daß sie noch von den gleichen Herrern gemacht werden, die sie einst gegen uns leiteten, doch niemals den Geist atmen können, den die Presse im nationalsozialistischen Staate atmen muß. Wenn die nationalsozialistische Reaktion sich zu diesem schärften Vorgehen gegen die Träger der öffentlichen Meinung des früheren Systems nicht verstanden hat, dann geschah das lediglich deswegen, um nicht Hunderte von Volksgenossen, die eigentlich an der Sache an sich unschuldig sind, um den Erwerb zu bringen. Diese aber mögen jetzt erkennen, wie nun wiederum von denen mit ihnen und ihrer Erziehung Schindluder treiben wird, die sie einst schon verführten und die heute so die Anständigkeit und die Ehre des Nationalsozialismus immer erneut mißbrauchen.“

Faschistenkrach in England

Versammlungstumult

London, 8. Juni. Die schweren Ausschreitungen am Donnerstagabend in der großen Faschistenversammlung in der Olympia-Halle dauerten bis Mitternacht an. Nach Blättermeldungen wurden 23 Personen, darunter zwei Frauen, verhaftet. Sieben Personen, die Verletzungen erlitten hatten, wurden im Krankenhaus verbunden. Eine von ihnen, ein junger Mann, dessen Zustand sehr ernst ist, mußte im Krankenhaus bleiben.

Nach Schluß der Versammlung wurden Faschisten, die in Kraftwagen abfahren, von Kommunisten angegriffen. Es wurden zahlreiche Stinkbomben geworfen. Kurz vor Mitternacht marschierte die Hauptmasse der Faschisten, ungefähr 5000 Mann stark von berittener Polizei begleitet, nach dem Hauptquartier in Chelsea. Man sah, daß viele blinzelten und von ihren Gefährten beschützt wurden. Einige wiesen Verletzungen am Kopf und Gesicht auf. Tubenden waren die Hemden in Regen gerissen. Die Polizei verhinderte die Menge, ihnen zu folgen, so daß es in Chelsea keinen Zwischenfall mehr gab.

Das Neueste

Das Verbot der „Grünen Post“ ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Der König von Belgien hatte am Donnerstagabend eine Besprechung mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Brocqueville. Es besteht der Eindruck, daß Brocqueville mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird.

Bei einer Abiturientenfeier in Innsbruck, die auch von der Hochschülerenschaft zahlreich besucht war, kam es Mittwochsabend zu einer regelrechten Saalkampfung zwischen nationalen und „vaterländischen“ Schülern. Die Polizei trieb die Kämpfenden mit dem Gummiknüppel auseinander. Die Veranstaltung wurde geschlossen. Ingeheim wurden zehn Personen verhaftet. Eine Reihe von Hoch- und Mittelschülern wurde verhaftet.

Ein deutsches Flugzeug, das von Hermann Stark aus Stuttgart gesteuert wurde, ist, wie „Echo de Paris“ berichtet, am Mittwochabend bei Gynal zur Notlandung gezwungen worden. Stark erklärte, sich verirrt zu haben. Der mit einem 60-PS-Motor ausgerüstete Apparat wurde bis zur Regelung der Formalitäten in Gewahrsam genommen.

In der vergangenen Nacht hat sich in Uelzen ein schweres Brandunglück ereignet, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, und zwar kamen bei einem Dachstuhlbrand eine Frau und ihre beiden Kinder in den Flammen um.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der blutigen Ereignisse vom Februar in Paris hat seine Arbeiten zu einem gewissen Abschluß gebracht und mit Stimmenmehrheit sich dahin geäußert, daß niemand unmittelbar für den Befehl zum Feuer auf die Menge verantwortlich gemacht werden könne. Man habe im Gegenteil den Eindruck, daß die Polizei im Gefühl der Notwehr spontan von der Waffe Gebrauch gemacht habe.

In der Hütte einer spanischen Holzschlägerfamilie bei Anderrec brach nachts ein Brand aus, der sehr schnell um sich griff. Während sich die Mutter mit dem jüngsten Kind in Sicherheit bringen konnte, kamen drei ältere Kinder in den Flammen ums Leben.

Der Sondertorrespondent des „Daily Express“ in Dairen meldet: Offiziere und Mannschaften des britischen Frachtdampfers „Albatros“, der aus Madagaskar in Dairen eingeschifft ist, erzählen, daß die Stadt mit Soldaten und Marineinfanterie überfüllt sei. Der Hafen sei voller Schiffe aus dem Schwarzen Meer, die Munition anlanden. Unter den Schiffen im Hafen befänden sich neun britische Fahrzeuge, mit Kriegsmaterial aller Art an Bord. Am 1. Mai seien 200 Militäre und Marineoffiziere über Madagaskar geflogen, während Dutzende von Tanks, Panzerwagen und schweren Geschützen durch die Straßen rollten.

Auf dem republikanischen Parteitag in Chicago ist Henry F. Meischer, ein Freund des früheren Präsidenten Hoover, aus Pennsylvania, zum Parteiführer gewählt worden.

Die in London geführten französisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen sollen in den letzten Tagen merkliche Fortschritte gemacht haben. In französischen Kreisen erklärt man, daß ein Abkommen über die landwirtschaftlichen Erzeugnisse praktisch erzielt worden sei und man demnächst auch zu einem Abgleich in der für den französischen Export wichtigen Seidenfrage zu gelangen hoffe. Der Board of Trade denke an die Aufhebung des wprozentigen Aufschlags für französische Erzeugnisse.

Infolge der anhaltenden Trockenheit hat die bulgarische Regierung die Ausfuhr von Getreide untersagt.

Deutschland ist im Fußballmeisterschaftskampf nach einem 2:2-Sieg über Österreich in Neapel Dritter geworden.

Um Deutschlands Rückkehr nach Genf

Eine nächtliche Konferenz zwischen Eden, Barthou und Norman Davis

(DPA) London, 8. Juni. Reuters meldet aus Genf: Es verlautet, daß die Besprechung zwischen Eden, Barthou und Norman Davis am Donnerstag kurz vor Mitternacht zu einer Einigung über den Wortlaut einer Entschließung geführt hat, die den verschiedenen Regierungen zur Genehmigung unterbreitet werden soll. Es wurde erklärt, die Lage sei „viel besser“.

Eine wacklige Kompromißentschließung

(DPA) London, 8. Juni. Zu der nach Meldungen aus Genf am Donnerstagnacht erzielten Vereinbarung meldet der Genfer Sonderkorrespondent der „Times“:

Die Kompromißentschließung, die heute dem Büro unterbreitet werden soll, ist das Ergebnis bedeutungsvoller Zugeständnisse der Franzosen. Ueber den Inhalt verlautet: Die Notwendigkeit der Rückkehr Deutschlands zur Konferenz vor Fortsetzung der Konferenzarbeit wird anerkannt. Deutschland wird in diesem Zusammenhang zum ersten Male namentlich erwähnt. Die Notwendigkeit der Prüfung der Organisierung der Sicherheit wird ebenfalls anerkannt. Ferner nimmt man an, daß das Kompromiß grundsätzlich Vorsorge für Maßnahmen allgemeiner Abrüstung, also nicht nur Abrüstung in der Luft, trifft. Der Grundlag wird anerkannt, daß Verhandlungen für die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz von den beteiligten Regierungen auf diplomatischem Wege und nicht durch den Apparat der Konferenz geführt werden sollen.

Hindenburg und Meißner als Zeitungsgründer

Die Gelder des Hindenburg-Ausschusses vor Gericht

Berlin, 8. Juni. Im Prozeß gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerekke hat sich die Verhandlung inzwischen dem Komplex des „Hindenburg-Ausschusses“ zugewandt, bei dem Dr. Gerekke der Vorwurf gemacht wird, etwa 450.000 Mark aus den eingegangenen Mitteln für den Hindenburg-Wahlfonds unrechtmäßig verbraucht zu haben.

Zu dieser Frage wurde der frühere Reichsminister Trevermann als Zeuge vernommen.

Er erklärte, daß er als Minister damals offiziell mit dem Hindenburg-Ausschuß nichts zu tun hatte, der im übrigen nicht nur die Aufgabe hatte, die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu sichern, sondern später auch darüber hinaus auch eine Politik im Sinne der Rechten zu treiben. Dies wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht eine Gleichhaltung der Preußen-Regierung mit der Reichsregierung Hand in Hand ergangen wäre, weil sonst die Preußen-Regierung der Reichsregierung Schwierigkeiten bereitet hätte. Er habe deshalb mit den im Wahlkampf besonders beteiligten Personen, Dr. Gerekke und Graf Westphal darüber gesprochen, auch einen Teil der eingehenden Mittel für den Preußen-Wahlkampf zurückzuhalten. Die davon in Kenntnis gesetzten Geldgeber seien mit dieser Teilung einverstanden gewesen. Der Angeklagte Gerekke habe also einen Teil der für den Hindenburg-Wahlfonds eingenommenen Mittel für diesen Zweck abgezweigt. Der Zeuge erklärte, daß man in der Politik nicht mit den gleichen Maßstäben messen könne wie im bürgerlichen Leben. Heute wo er im Privatleben lebe, sei er manchmal verwundert darüber, wie damals mit Geldern umgesprungen worden sei. Man habe aber Summen quittiert, die doch gar nicht vorhanden waren.

Am Donnerstagnachmittag wurde dann der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, als Zeuge über die Frage gehört, ob Dr. Gerekke der Ansicht sein konnte, daß wesentliche Teile der für den Hindenburg-Wahlfonds gesammelten Gelder abgezweigt und für allgemeine politische Zwecke verwendet werden dürften.

Der Vorsitzende richtete an den Staatssekretär die Frage: Haben Sie etwas davon gewußt, daß aus den führenden Kreisen des Hindenburg-Ausschusses heraus gewisse Beträge beiseite gesteuert worden sein sollen, die der Gründung einer Zeitschrift oder Zeitung für die Präsidialgewalt dienen sollten?

Staatssekretär Meißner antwortete: Nein, davon habe ich nichts gewußt. Aber ich wußte etwas über die geplante

Der Korrespondent berichtet ferner, daß an den gestrigen Erörterungen, die zu der vorläufigen Vereinbarung führten, hauptsächlich Eden, Norman Davis und der französische Marineminister Petri teilgenommen hätten, während Barthou zwar anwesend, aber weniger aktiv gewesen sei. Später hätten sich noch Vertreter des britischen und des französischen Außenministeriums beteiligt. Der Korrespondent schließt: Falls die gemeldeten Einzelheiten richtig sind, dann stellt die Kompromißentschließung einen ausgedehnten Erfolg des britischen Standpunktes gegenüber dem bisher von Barthou vertretenen Standpunkt dar. Viel hängt jetzt von der Haltung der Russen und der Kleinen Entente ab. Wenn es kein unerwartetes Hindernis ergibt, wird die Entschließung heute nachmittag dem Büro unterbreitet werden.

Bald Klarheit?

Paris, 8. Juni. Nach Auffassung des „Devoir“ besteht die einzige Möglichkeit, eine Brücke zwischen der französischen und englischen These zu schlagen, in der Rückkehr Deutschlands nach Genf, jedoch unter der Bedingung, daß Deutschland den europäischen Beistandspakt annehme. In diesem Falle könnte man auf der europäischen Sicherheit ein Abstützungsabkommen errichten. Jetzt kommt alles darauf an, ob Deutschland gewillt sei, an einem friedlichen Ausgleich in Europa mitzuwirken. Man dürfe hierüber bald Klarheit haben, denn wahrscheinlich würden die Abänderungsanträge, die Deutschland bezüglich der Verpflichtungen aus dem Beistandspakt sicher stellen werde, als erste Verhandlungsgrundlage zwischen Deutschland und den 20 Mächten der Abrüstungskonferenz dienen, die Henderson mit großem Pomp zu diesem Zweck im Herbst einberufen werde.

Gründung einer Zeitung. Zwischen dem 1. und 2. Wahlgang, also zwischen dem 18. März und 10. April 1932, sprachen Oberst Ostler von Hindenburg und ich wiederholt davon, daß es notwendig sei, eine überparteiliche nationale und unabhängige Zeitung zu schaffen. Die Anregung ging vom Oberst von Hindenburg aus, und er hatte, wie er sagte, diese Anregung wieder von Dr. Gerekke erhalten. Wir trafen uns nachmittags im Herrenklub und besprachen dort das Thema weiter. An dieser Besprechung nahmen teil: Dr. Gerekke, Freiherr von Gleichen, Dr. Regensburg, der damalige Minister von Reuß, Herr von Wilmsdorf, der als Schwager Krupps Verbindungen mit der Industrie hatte, Oberst von Hindenburg und ich.

Es fanden mehrere solcher Besprechungen statt. Die Idee war, eine überparteiliche nationale Zeitung zu schaffen, die unabhängig sein sollte von Parteien, aber auch von Industrie- und Wirtschaftsinteressen und die keinen Gewinn, vielleicht auch keine Vergütung abwerfen sollte.

Nach der zweiten Präsidentenwahl im Mai 1932 haben wir auch eine Art Satzung ausgearbeitet für einen eingetragenen Verein, den die genannten Herren als Träger des Unternehmens bilden sollten und zu dem vielleicht noch weitere Herren hinzutreten sollten. Als die Geldfrage erörtert wurde, kamen die Schwierigkeiten. Der einzige, der positiv Geld zur Verfügung stellen wollte, war Dr. Gerekke, der damals davon sprach, daß er 30.000 Mark zur Verfügung stellen könne. Oberst von Hindenburg hat mir im Privatgespräch gesagt, daß Dr. Gerekke bis 100.000 Mark zur Verfügung stellen könne. Aus welchen Mitteln dieses Geld kommen sollte, hat Dr. Gerekke nicht gesagt, aber Oberst von Hindenburg und ich nahmen an, daß diese Summen aus Reklammitteln oder Ersparnissen des Hindenburg-Ausschusses zur Verfügung gestellt werden könnten. Das war vor dem 10. Juni 1932. Dann hörten die Besprechungen auf, weil die Verträge, nach andere Geldgeber zu gewinnen, scheiterten. Das Zeitungsprojekt, das um Weihnachten 1932 der damalige Reichsfiskus von Schleicher mit mir besprach, hatte mit dem alten Gerekke-Plan nichts mehr zu tun. Da handelte es sich um den Plan, die „Tägliche Rundschau“, den „Reichsboten“ oder die „Allgemeinzeitung“ zu erwerben. Der Gerekkeplan war Anfang Juni für uns erledigt, weil nach der Sommerferienberechnung des Herrn Stolberg mindestens ein Kapital von 500.000 Mark erforderlich war, das nicht aufgebracht werden konnte.

Am nächsten Dienstag sollen Oberst Ostler von Hindenburg und der frühere Abgeordnete Graf von Westarp als Zeugen vernommen werden.

Itzigung angeklagt, weil sie einem der geflüchteten Angeklagten bei seinen Fluchtvorbereitungen geholfen haben soll. Frau Matern bestritt die ihr zur Last gelegten Handlungen. Am Freitag wird die Beweisaufnahme mit der Vernehmung von zwanzig Zeugen beginnen.

Thämann's Zeuge

DPA, Berl., 8. Juni. In der heutigen Verhandlung des Bülowplatz-Prozesses wegen der Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lenk stellte zu Beginn der Verhandlung der Verteidiger des Angeklagten Rupp einen Beweisantrag, in welchem u. a. der frühere Reichstagsabgeordnete Thämann als Zeuge benannt wird. Thämann soll Verhandlungen darüber machen, daß der Angeklagte Rupp niemals irgendwelche illegale Funktionen in der Partei ausübt hat. Ferner soll Thämann sich darüber äußern, daß die Parteileitung grundsätzlich den Individualterror verwerfen habe.

Der Angeklagte Rupp machte dann selbst längere Ausführungen, in denen er behauptete, im Karl-Liebknecht-Haus hätten nach einer ausdrücklichen Anweisung der Parteileitung keine Waffen vorhanden sein dürfen. Er, Rupp, habe weder die Absicht gehabt, die Polizeihauptleute zu ermorden, noch habe er von diesem Plan irgendwelche Kenntnis gehabt. Demgegenüber hält der Angeklagte Klaus keine frühere belastende Aussage an.

Es wird dann mit der Beweisaufnahme begonnen. Erster Zeuge ist Polizeioberst Palotta, der Vorgesetzte der ermordeten Polizeioffiziere.

Vermögen von Wels beschlagnahmt

Ein Befehl des Führers der SPD, Otto Wels — es handelt sich um eine zu seinen Gunsten eingetragene Hypothek in Höhe von 6240 Reichsmark — wurde beschlagnahmt.

Der Berliner Gestapo-Prozeß

Berlin, 7. Juni. Im Mordprozeß wegen der Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lenk wurde in der heutigen Sitzung zunächst der Angeklagte Willi Schümke vernommen. Schümke leidet an einem schweren Sprachfehler und kann keine Aussagen nur hörend und stotternd machen. Er ist nach seiner Angabe im Jahre 1927 in den Roten Frontkämpferbund eingetreten und bald darauf in den Ordner-Dienst. Er habe sich immer bemüht, seine Pflicht als kommunistischer Parteigenosse zu erfüllen, aber niemals habe er eine Pistole bekommen. Er habe auch nie gesehen, daß seine Genossen im Ordner-Dienst bewaffnet waren. Der Ordner-Dienst habe die Aufgabe gehabt, bei Demonstrationen die Teilnehmer zu schützen und die Wache des Karl-Liebknecht-Hauses zu stellen. Mit den Vorgängen vom Sonnabend, dem 8. und Sonntag, dem 9. August, habe er gar nichts zu tun. Er sei an beiden Tagen nicht auf dem Bülow-Platz gewesen und verheißt gar nicht, warum man ihn angeklagt habe. Die Angeklagten Holz, Klaus und Konrad, die wie andere Zeugen während der Voruntersuchung auch angegeben haben, daß Schümke am Sonntag dabei gewesen sei, erklären, es sei auch ein Irrtum möglich.

Am Nachmittage der Donnerstags-Sitzung wurde die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen. Der in Rufstand von deutschen Eltern geborene Angeklagte Konrad gab zu, daß er dem Ordner-Dienst angehört habe und von seinem Gruppenführer Berner im Waffengebrauch unterrichtet worden sei. Mit den Vorgängen am Bülow-Platz will er nichts zu tun gehabt haben. Konrad hat noch ein Hochverratsverfahren zu erwarten, weil bei ihm im Stall ein kommunistisches Waffenslager gefunden worden ist. Die anseht vernommene Frau Watern, eine Schwägerin des Angeklagten Matern, ist die einzige Angeklagte, die nicht in Untersuchungshaft sitzt. Sie ist nicht des gemeinschaftlichen Mordes, sondern der Begünstigung

Saar - Abstimmungskommission

Das Schweizer Mitglied trat zurück

Genf, den 7. Juni 1934.

Der Völkerbundsrat bemüht sich seit Tagen, die Saar-Abstimmungskommission zu ernennen. Die von der Hitlerpresse vor einiger Zeit bereits erfolgte Meldung über die vollzogene Ernennung der drei Kommissionsmitglieder ist den Tatsachen vorweggegriffen. Auch in der Geheimfiktion vom Donnerstag ist es nicht möglich gewesen, die Kommission zu ernennen. Es ist bisher nicht gelungen, ein schweizerisches Mitglied für die Kommission zu finden. Ursprünglich war der Regierungs- und Ständerat Moutet als Mitglied vorgelesen. Nach Rücksprache mit der Berner Regierung hat Moutet die Berufung endgültig ausgeschlagen. Man glaubt auch bei anderen schweizerischen Juristen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Solange nicht die den Schweizern vorbehaltenen Stelle besetzt ist, wird auch die Ernennung der beiden anderen Mitglieder, des Schweden und des Holländers nicht vollzogen. Immerhin ist die Wahl des schwedischen Gouverneurs Rothé und des Holländers de Jong als gesichert zu betrachten.

Judenhetze an der Saar

Eine Kostprobe

Die „Volkstimme“ schreibt: Es gibt bekanntlich nach den Hitlerwünschen der sogenannten „deutschen Front“ an der Saar keinen Terror und keinen Boykott gegen Andersdenkende. Auch wird immer wieder bestritten, daß irgendwelche religiösen, rassistischen oder politischen Minderheiten irgend etwas zu befürchten hätten. Was es mit diesen Versicherungen und Erklärungen der sogenannten „deutschen Front“ auf sich hat, das zeigt am besten wiederum einmal die Freitag-Nummer ihres Hauptorgans an der Saar, die „Deutsche Front“, in der sich folgende tolle Hebe gegen die Juden befindet:

Die Firma Sigurd GmbH, Inhaber Kurt Ranbaum in Kassel, gab sich seit dem Frühjahr 1933 die größte Mühe, ihre Anzeigen in nationalsozialistischen Zeitungen unterzubringen. Da die ursprünglich jüdische Firma den Nachweis erbrachte, daß ihre Anteile an einen arischen Besitzer übergegangen sind, lagen gegen eine Aufnahme ihrer Anzeigen in der NS-Presse keine Bedenken vor. Inzwischen haben aber Ermittlungen ergeben, daß es sich um einen raffiniert getarnten Scheinverkauf handelt. Man hat festgestellt, daß die Anteile der Firma nach wie vor zu 99 Prozent im Besitze des Juden Ranbaum verbleiben. Sowie dieser Tatbestand geklärt war, hat die NS-Presse selbstverständlich die weitere Veröffentlichung der Anzeigen abgelehnt.

Ein Haß von vielen, der als Beweis dafür gilt, daß der Haß zum Betrügen nun einmal im Juden drinsteckt. Doch aber eine Judenfirma es wagt, die NS-Presse, also die Organe der nationalsozialistischen Bewegung, zum Opfer ihrer Betrugsmaschinerie zu wählen, ist denn doch der Gipfel der Unverschämtheit. Man wird annehmen, daß der Betrug des Juden Ranbaum aus Kassel noch kriminelle Folgen haben wird.

Wenn eine jüdische Firma in Nazi-Blättern inseriert und dafür hinterher verprügelt wird, so erntet sie eigentlich nur, was sie gesät hat. Wenn aber das Hauptorgan der sogenannten „deutschen Front“ an der Saar Schwarz auf weiß von allen Juden erklärt, daß der Haß zum Betrügen nun einmal im Juden drinsteckt, so ist das eine so ungeheuerliche Beschimpfung, Diffamierung und Hebe, wie sie in schrofferem Widerspruch zu allen Loyalitäts- und Garantieerklärungen des „dritten Reiches“ nicht stehen kann.

Champagner in Oranienburg

So leben wir . . .

Ein Schweizer Journalist, der unlängst das Konzentrationslager Oranienburg besichtigte, gibt der Roten Hilfe Deutschlands darüber folgenden Bericht:

Mit zwei Wagen der Gestapo führen wir nach Oranienburg. Dort wurde uns zunächst das Museum gezeigt. Gegenstände, die man den Arbeiterorganisationen gekohlen hatte, waren in reffamehafter Aufmachung ausgestellt und sollten „die Gefährlichkeit der Kommune“ beweisen. Gefangene wurden herangeholt, denen Fingerabdrücke abgenommen wurden, als ob sie kriminelle Verbrecher wären. Eine ganze Anzahl von Teilnehmern unserer Journalistengruppe sprach untereinander in abfälliger Weise über diese Art, gegen die Antifaschisten Stimmung zu machen.

Im Lager selbst wurden wir von der Verwaltung aufgefordert, das Mittagessen zu probieren. Es gab — man hatte unseren Besuch offensichtlich angefündet — Kartoffeln, Hering und — Champagner! Deutscher Schaumwein, wie man uns sagte. Und es wurde behauptet, daß die Gefangenen ihn zu trinken bekämen. Jeder, der die deutschen Verhältnisse kennt, weiß, daß die deutsche Bevölkerung überhaupt keinen Wein trinkt mit Ausnahme eines kleinen Prozentsatzes der in den Weinregionen lebenden Anwohner. Ja, es gibt Millionen Menschen in Deutschland, die nie in ihrem Leben Wein getrunken haben. Trotzdem wollen uns die nationalsozialistischen Propagandisten glauben machen, daß es zum faschistischen Strafvollzug gehört, den Gefangenen Champagner zu geben.

Fünfundzwanzig Arbeiter vom Tode bedroht

Rache an Unschuldigen für zwei Polizeioffiziere

Vor dem Berliner Sondergericht hat, wie schon kurz gemeldet, der Prozeß gegen Albert Rung und 24 Arbeiter wegen Wehrlose zum Mord begonnen. Daß dieses Verfahren überhaupt eröffnet worden ist, beweist zur Genüge, daß die Hitlerjustiz 25 Menschen mit schweren Freiheitsstrafen oder sogar mit der Todesstrafe bedroht, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu haben, daß die Angeklagten in irgend einer Form an der Ermordung der beiden Polizeioffiziere beteiligt gewesen sind. Selbst der Staatsanwalt hat in seiner Anklage zugeben müssen, daß diejenigen, die auf die beiden Polizeioffiziere geschossen haben, ins Ausland entkommen sind.

Die zwei Polizeioffiziere, die die Bevölkerung Berlins und besonders der Umgebung des Karl-Liebknecht-Hauses Tag und Nacht drangsalieren, erlitten bei einem von ihnen selbst und nach dringlichen Anrufen der Angeln der von allen befehligten Feuerüberfall unter die Augen der von allen Seiten auf triebliche Posten blind schießenden Polizei. Die faschistische Regierung will aus Rache 25 Arbeiterfunk-

Ein Dokument

Wie die Flaggenbegeisterung zustande kommt

„Bei der nächsten Gelegenheit“

Das untenstehende Dokument, dessen Original in unseren Händen ist, wurde in unzähligen Exemplaren in Berlin verschickt. In allen Ortsgruppen der NSDAP.

N. S. D. A. P.

Sau Groß-Berlin, Kreis VII
Ortsgruppe Landsberger Platz

ergab sich die Notwendigkeit, auf diese unzweideutige und drohende Weise der mangelnden Volkverbundenheit nachzuhelfen. Wohlverstanden! Diese Schreiben mußten gedruckt werden, weil sie in großer Zahl benötigt wurden.

Berlin SO 18, im Februar 1934.
Braunberger Straße 12

Sehr geehrter Volksgenosse!

Am 30. Januar d. Js., dem Jahrestag der Machtübernahme durch unseren Kanzler Adolf Hitler, ist allgemein bemerkt worden, daß Sie nicht das siegreiche Hakenkreuzbanner gehißt haben. Ich glaube nicht, daß Sie sich in bewußten Gegensatz zu dem Großteil unserer Bevölkerung setzen wollen, oder daß Sie sich von der Verbundenheit des gesamten Volkes, die sich durch das Flaggen zeigt, ausschließen wollen. Wahrscheinlich liegt es daran, daß Sie keine Hakenkreuzfahne besitzen. Die Fahnen sind heute aber so billig und in allen einschlägigen Geschäften zu haben, daß ich annehme, Sie werden in Zukunft ebenfalls beweisen, und zwar durch Zeigen der Hakenkreuzfahne, daß Adolf Hitler auch Ihr Führer ist.

Ich bitte Sie nun, Ihren Entschluß, sich eine Hakenkreuzfahne anzuschaffen, baldmöglichst auszuführen, weil sonst die Gefahr besteht, daß es wieder vergessen wird. Bei der nächsten Gelegenheit, am 25. Februar 1934 zur Gründungsfeier der N.S.D.A.P., hoffe ich, auch bei Ihnen eine Fahne zu sehen.

Heil Hitler!

Joh. Lübeck
Ortsgruppenleiter

Bei Strafe des Verhungerns

Wie die SA. zusammengehalten wird

(Sopade) Die braune Armee ist angeblich der Zusammenschluß der treuesten Anhänger des Systems, die gewillt sind, notfalls auch ihr Leben für den Bestand der Diktatur in die Schranken zu schlagen. Röhm hat erst kürzlich die SA. als die Schutzgarde der nationalsozialistischen Revolution gefeiert. In Wirklichkeit ist selbst in den Reihen dieser alten Kämpfer die Begeisterung für das „dritte Reich“ eine rare Sache geworden, und viele Tausende Braunhemden sind längst des militärischen Drills müde, mit dem sie tagaus, tagein gequält werden.

War aber in vielen Fällen der Beitritt zur SA. nicht die Folge eines freien Entschlusses, sondern das Ergebnis eines mehr oder weniger starken Drucks, so ist es geradezu unmöglich, ohne Gefahr für die persönliche Freiheit und für die wirtschaftliche Existenz aus der braunen Schutzgarde der nationalsozialistischen Parteidiktatur wieder herauszukommen. Ein SA.-Mann, der ebenfalls

den ewigen militärischen Dienst satt hat, sendet uns das folgende Schreiben, das ihm von seinem Obertruppführer zugeht:

SA. der NSDAP. den . . . 34
Nachrichtenturm der Brigade
Fernsprechturm
An den SA.-Mann
Auf Grund Ihrer Interessenlosigkeit am Dienst, dauernder Entschuldigung ohne stichhaltigen Grund, werde ich Antrag auf Ausschluß aus der SA. beim Nachrichtenturm bann stellen. Sie werden hiermit aufgefordert, sich am Montag, den 5. März 34 im Sturmlokal 10 Uhr bei mir zu melden und Ausweis und Versicherungskarte mitbringen. Ich verbiete Ihnen hiermit das Tragen der SA.-Uniform und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Sie sofort festnehmen lasse, falls Sie entgegen dem Verbot die Uniform tragen sollten.

Sollten Sie am Montag ohne Entschuldigungsgrund nicht erscheinen, wäre ich gezwungen, Sie vorzuführen zu lassen. Des weiteren mache ich Sie darauf aufmerksam, daß der Ausschluß aus der SA. eine Mitteilung davon an Ihre Sie beschäftigende Firma und an das Arbeitsamt zur Folge hat.

Der Führer des Fernsprechturms
(Unterschrift)
Obertruppführer

Dieses Schreiben ist ein Kulturdokument des Hitlerischen Zwangsstaates. Wer einmal in den Dienst der braunen Diktatoren getreten ist, der ist ein rechtloser Gefangener. Er hat willenlos zu gehorchen, sonst riskiert er — siehe das Schreiben — Vorführung durch die SA., Festnahme wegen verbotenen Tragens der SA.-Uniform, und im Falle des Ausschlusses die Denunziation bei seinem Arbeitgeber und damit die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz. Ist er arbeitslos, dann wird ihm auch noch das Arbeitsamt die Zahlung der Unterstützung und die Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ verweigern.

Während Goebbels und sein Lautsprecher gegen die Riesmacher und Kritiker, gegen Juden und Saboteure zu Felde ziehen, wird in der Kerntruppe der Nazibewegung, in der SA., ein stiller und wirksamer Terror geübt, um die Enttäuschten und Ernüchterten immer von neuem in die braune Zwangsjacke zu zwingen.

„Immer schwieriger“

Nach dem reichlich günstig gefärbten Bericht der Badischen Industrie- und Handelskammer für den Monat Mai haben sich, wenn auch vielleicht da und dort kein neues Anzeichen spürbar wurde, doch die Absatzverhältnisse, was das Inlandgeschäft betrifft, fast ohne Ausnahme gehalten. Vereinzelt Rückschläge erklären sich entweder saisonmäßig oder mit dem Vorliegen besonderer Gründe. Im Auslandsabsatz wird die Lage immer schwieriger. Die bekannten Hemmnisse haben sich z. T. derart verstärkt, daß nicht selten von einem völligen Ruhen der Exporttätigkeit berichtet wird. Die jüngste Entwicklung der Devisenlage gibt zu Befürchtungen für genügende Rohstoffversorgung Anlaß, die bei maßgebenden Geschäftszweigen Badens (z. B. Textilindustrie) Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeiten ist. Die Konkurrenzlage gibt weiterhin häufig Anlaß zu Klagen über ungesunde Preisverhältnisse. Auch wird die schleppende Zahlungsweise und wenig gesunde Schuldnermoral sowie das unnötig gesteigerte Arbeiten mit Wechseln oft gerügt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Inlandgeschäft jedenfalls auch weiterhin eine befriedigende Entwicklung zu nehmen scheint.

Nicht einmal Margarine

Man schreibt uns aus dem Reiche:
Die Verordnung über den Bezug sogenannter verbilligter „Haushaltmargarine“ ist das fehlgeschlagene Produkt regierungsseitiger Bemühungen zur Rettung des deutschen Bauernstandes. Was besagt nun diese Verordnung? Sie brachte die Schaffung von Bezugsscheinen für die minderbemittelte Bevölkerung zum Erwerb verbilligter Margarine (das heißt Verbilligung im Rahmen einer unerhörten steuerlichen Belastung für alle Speisefettprodukte, die nicht rein deutschen Ursprungs sind; die Verteuerung beträgt 100 und mehr Prozent). Ist an sich das Quantum der auf Bezugsscheine zu beziehenden Ware (pro Person und Monat ein Pfund Margarine) schon bei weitem nicht ausreichend, da markenfreie Ware für die benannten Kreise der hohen Preise wegen nicht erschwinglich sind, so kommt als besonders skandalöser Uebelstand hinzu, daß nun schon seit Wochen in der Belieferung der sogenannten Bezugsscheine eine erhebliche Stockung eingetreten ist, so daß die Versorgung mit einem der notwendigsten Lebensmittel für große Teile der Bevölkerung unmöglich wurde. Tausende von Familien allein in der kleinen Stadt, von der hier berichtet wird, sehen sich daher in die „große“ Zeit des Krieges versetzt, eine Duplizität der Ereignisse, die sicherlich Vergleiche aufzwingt, die ihren Ausdruck wohl nicht in einem „befreienden“ „Heil Hitler“ finden. Die Meinung Goebbels, wonach Deutschland das Land des Lächelns geworden ist, dürfte schon durch diese Tatsache eine besondere Wertung erfahren.

Sorgen der Landwirtschaft

Die Landesbauernschaft Thüringen teilt u. a. mit, daß die bisherige genossenschaftliche Eierfassung und die Eierkennzeichnungsstellen bestehen bleiben. Es sei falsch, anzunehmen, daß mit dem 1. Juni der Eierhandel auf dem Lande wieder freisufkaufen könne. Nur in solchen Dörfern, in denen sich dafür eine wirtschaftliche Notwendigkeit ergebe, sollten in Ausnahmefällen Händler zum freien Verkauf zugelassen werden. Jedoch müßten auch die frei erfassten Eier der nächsten Kennzeichnungsstelle zugeführt und gegen Lohn gekennzeichnet werden.

Hitler und die Rüstungsinternationale

Vor wenigen Jahren hat die Firma Krupp einen Prozeß gegen das führende britische Rüstungsunternehmen Armstrong-Vickers gewonnen. Es handelte sich um eine Lizenz für Granaten. Die englischen Händler wurden verurteilt, den deutschen Helden für jede dieser Granaten, die im Krieg gegen Deutschland oder seine Verbündeten abgeschossen worden war, eine Gebühr zu bezahlen. So durften die deutschen Soldaten, denen Granatsplitter den Schädel zerschmetterten oder die Eingeweide herausrissen, wenigstens das stolze Gefühl haben, damit zum Gedeihen eines echt deutschen, streng vaterländischen Unternehmens, von dessen Kapital der Kaiser selbst einen erheblichen Teil besaß, beigetragen zu haben. Vor dem Krieg wurde bekannt, daß die große Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in eine französische Zeitung die Nachricht lanciert hatte, Frankreich sei dabei, eine bestimmte Waffentype einzuführen. Die Folge und der Zweck war, daß daraufhin die Fabrik von der deutschen Heeresverwaltung eine große Bestellung auf diese Waffe erhielt.

Solche Beispiele liegen sich häufen. Sie zeigen, wie durchaus ohne alle moralischen Vorurteile oder nationalen Hemmnisse das Rüstungskapital, gleich jedem anderen Kapital, seine Geschäfte macht skrupellos und durchaus international. Nur daß es sich von der Taschenmesser- und Kaffeemühlenindustrie dadurch unterscheidet, daß es nicht Gebrauchs-, sondern höchst wirkungsvolle Wordinstrumente liefert, und daß seine Träger sich durch ganz besonders vaterländische Gesinnung auszeichnen und mit den Regierungen und maßgebenden Politikern meist in sehr enger Verbindung

* Man lese die treffliche Schrift: „Die blutige Internationale des Rüstungskapitals“ von Schwann-Ruschold.

Neue Nöte — Neue Experimente!

Die Folgen der gescheiterten Transferkonferenz

Trotz des beschönigenden Kommuniqués und trotz der wochenlangen Dauer hat die Berliner Transferkonferenz mit einem völligen Fiasko geendet. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Vertreter der Gläubiger, also die ausländischen Bankiers, die seinerzeit die zahlreichen Emissionen deutscher Anleihen untergebracht hatten, ebenso wie bei allen früheren Konferenzen ein großes Interesse daran hatten, einen Prestigeverlust bei ihrer Kundschaft dadurch zu vermeiden, daß man eine offene und einseitige Erklärung eines deutschen Schuldenmoratoriums verhinderte. Jedes Ergebnis der Konferenz, auch das bescheidenste, wäre den Gläubiger-Delegierten lieber gewesen als die jetzt erfolgte offene Feststellung der Tatsache, daß der deutsche Schuldner nicht zahlen kann und nicht zahlen will, daß man sich also damals, als man der Kundschaft zur Zeichnung dieser Anleihen und zur Bergabe von Krediten und Investitionen nach Deutschland rief, gründlich geirrt hat. Nach verzweifelten Anstrengungen sind besonders die amerikanischen Bankiers zu dem Ergebnis gekommen, daß alle weiteren Verhandlungen mit den heutigen Sachwaltern der deutschen Währungs- und Finanzinteressen sinnlos geworden sind.

Die Schweizer und Holländer haben sich ebenfalls von der Konferenz zurückgezogen, da jede Aussicht, eine weitere Sonderbehandlung ihrer Forderungen durchzusetzen, geschwunden war. Gerade hieraus ergeben sich schon für die nächsten Monate sehr große Schwierigkeiten, denn das Aktivum der deutschen Handelsbilanz mit Holland beträgt 380 Millionen RM., dasjenige mit der Schweiz 270 Millionen.

Im Gegensatz zu diesen hohen Aktivsaldo der Handelsbilanz erfordern die deutschen Zahlungsverpflichtungen nach Holland nur 237 Millionen, diejenigen nach der Schweiz sogar nur 190 Millionen RM. Während es bisher ohne weiteres möglich war, auf dem Wege der deutsch-holländischen und deutsch-schweizerischen Sonderabkommen nicht nur den Finanzverpflichtungen an diese beiden Länder voll nachzukommen, sondern darüber hinaus noch einen recht erheblichen Devisenzufluß aus dem Exportsaldo zu sichern, so liegen die Dinge heute angesichts der großen Gefahr, daß diese beiden Länder nach erfolgter Ablehnung einer Einigung Repressalien im Wege eines Zwangsclearings und starker Einfuhr-Erschwerungen für deutsche Waren ergreifen werden, sehr schlimm. Diese 650 Millionen RM. stellen einen sehr wesentlichen Teil des deutschen Außenhandelsvolumens dar. Dieser Betrag ist heute auf das schwerste gefährdet. Man hat auf deutscher Seite dem amerikanischen Standpunkte Rechnung getragen, der jede Bevorzugung einzelner Gläubiger, wie Hollands und der Schweiz, als unfair und für die öffentliche Meinung der USA. als untragbar bezeichnete. Da man aus mancherlei Gründen, die nicht zuletzt auch politischer Natur gewesen sein mögen, dem amerikanischen Druck gewichen ist, ist man jetzt gezwungen, einem Verluste der beiden annähernd wichtigsten Aktivsaldo der Handelsbilanz entgegenzusehen. Auf der anderen Seite hat man die Amerikaner hierdurch keineswegs milder gestimmt. Sie waren die ersten, die die Konferenz verließen und die Tatsache, daß die ganze gleichgeschaltete Presse wie auf ein Kommando das mangelnde Verständnis der Amerikaner auf „rassistische Vorurteile“ der vorwiegend jüdischen Wallstreetkreise zurückführte, dürfte auch nicht gerade dazu beigetragen haben, einen Stimmungswandel in Amerika vorzubereiten. Das sehr kostspielige Entgegenkommen ist also ergebnislos geblieben. Man hat sich zwischen zwei Stühlen gesetzt. Jetzt will man den Knoten durchhauen, indem man das Moratorium, das durch Verständigung nicht zu haben war, „autoritär“ durch Diktat verkündet.

Man wird also zunächst vom 30. Juni 1934 bis 30. Juni 1935 nichts oder fast nichts mehr zahlen. Aber die deutsche Außenhandelsbilanz wird sich auch hierdurch

nicht verbessern. Schon in den ersten vier Monaten hat man einen Passivsaldo von 137 Mill. RM. ausgewiesen. In Wirklichkeit waren die Devisenverluste aber sehr viel größer, weil mehr als ein Drittel des Exportes durch das Skrips-Verfahren keine Devisen bringt.

Da die gesamte Ausfuhr vom Januar bis inkl. April rund 1400 Mill. RM. betrug, so ergibt sich hier ein weiterer Devisen-Ausfall von weit über 450 Mill. RM., also ein Devisenverlust von rund 600 Mill. für vier Monate. Eine Fortsetzung der bisherigen Einfuhr würde also zu einem Devisendefizit von nicht viel weniger als 2 Milliarden RM. im laufenden Jahre führen. Es bedarf kaum besonderer Begründung, daß dies der Weg in das Chaos ist, und auch die Tatsache, daß in deutschem Privatbesitz noch für 1,5 Milliarden ausländischer Wertpapiere liegen, die das „dritte Reich“ seinem „Aufbau“ nutzbar machen könnte — und zweifellos auch früher oder später ausnutzen wird — kann wenig an der Feststellung ändern, daß das gesamte als „Arbeitsbeschaffung“ angepriesene Aufrüstungsprogramm jetzt unvermeidlich auf das Hindernis der Rohstoffnot stößt.

Die Möglichkeit, Rohstoffnot und Devisenmangel aus eigener Kraft, also durch starke Exportsteigerung, oder durch fremde Hilfe, also durch einen einmaligen bedeutenden Rohstoffkredit des Auslandes zu beseitigen, besteht heute nicht mehr.

Der bisherige niedrige Stand der deutschen Ausfuhr ließ sich nur noch dadurch aufrecht erhalten, daß man den Käufern deutscher Waren gleichzeitig Zugeständnisse hinsichtlich der Bezahlung ihrer Forderungen machte. Mit diesem Schwänden der Aussicht, die durch das Fiasko der Transferkonferenz endgültig begraben sein dürfte, ist auch der letzte Rest des ausländischen Interesses für deutsche Exportwaren erschöpft. Weder ein weiteres Sozialdumping noch Versprechungen für eine ferne Zukunft werden an diesen trüben Aussichten des deutschen Exportes viel ändern können. Was aber den Rohstoffkredit angeht, so ist es durch die geschickte Verhandlungstaktik der deutschen Vertreter auf der Transferkonferenz nunmehr gelungen, auch diese Hoffnung völlig zu zertrümmern. In Wirklichkeit hat es sich nämlich bei der ganzen Konferenz viel weniger um die Fortsetzung der Schuldzahlungen — die Konkursklärung war schon längst vor Konferenzbeginn eine beschlossene Sache — gehandelt, als vielmehr um einen Versuch, die Gläubiger von der Notwendigkeit neuer Kredite zu überzeugen. Damals schrieb der Regierung nahe stehende „Deutsche Volkswirt“: „Selbst wenn die vollständige Einstellung aller bisher noch für den Zinsendienst der Auslandsanleihen geleisteten Bartransfers zu einem denkbar frühen Termin erfolgen würde, so würde das allein in der nächsten Zeit voraussichtlich nicht genügend Devisen für eine unbeschränkte Rohstoffeinfuhr freimachen.“

Die Aussicht, daß die ausländischen Gläubiger, die ihr Geld in Deutschland fast restlos verloren haben, heute, nachdem man ihnen diese Tatsache schriftlich bestätigt hat, irgend etwas tun werden, um die „unbeschränkte Rohstoffeinfuhr“, die man in Berlin für das Hauptziel aller Wirtschaftspolitik hält, zu ermöglichen, ist wirklich gleich Null.

Mit dieser Frage nach der Fortsetzung der Rohstoffeinfuhr steht und fällt aber das ganze Aufrüstungsprogramm, der scheinbare Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und daher auch die Möglichkeit des Hitlerregimes, sich auf längere Sicht zu stabilisieren. Das Fiasko der Transferkonferenz stellt somit die Existenz des ganzen Hitlerregimes zum ersten Mal ernstlich in Frage. Erst jetzt hat die seit vielen Monaten fortschreitende Zerlegung der deutschen Wirtschaftskraft die allerdings vielen durch die Scheinblüte einer forcierten Binnenkonjunktur verborgen war, einen so hohen Grad erreicht, daß die Existenzfrage des Systems aufgerollt ist. Ihren wirtschaftlichen Ausdruck findet sie in dem Problem der Rohstoffversorgung.

Also man ist nicht vorurteilsvoll in diesen Kreisen. Und so erscheint es durchaus glaubhaft, wenn (wie Hamilton berichtet) der Sozialdemokrat Faure am 11. Februar 1933 in der französischen Kammer mitgeteilt hat, daß die Wahlbewegung Adolf Hitlers von den Direktoren der österreichischen Skoda-Werke mit großen Summen unterstützt werde. Wer aber ist Skoda? Ein Werk, das von dem großen französischen Rüstungsunternehmen Schneider-Creuzot abhängt, nach dessen Weisungen die Skoda-Direktion handelt.

Der Zusammenhang ist so auch klar. Schneider-Creuzot, der ebenso wie Ford und die übrigen Großunternehmen ein leidenschaftlicher Anhänger der (kapitalistischen) „Ordnung“ ist, hatte schon darum wie jene ein Interesse daran, einen so wirksamen und uneigennütigen Kämpfer gegen den gesellschaftsgefährdenden Marxismus, wie Hitler war und ist, auch über die Landesgrenzen hinüber zu fördern. Dazu aber kam auch noch die kleine geschäftliche Erwägung: Kommt Hitler zur Macht, so wird er, glühender Patriot wie Göring, natürlich als erstes die durch die Landesverräter Sirejemann, Brüning, Brücker usw. sträflich vernachlässigte deutsche Rüstung sofort in Schwung bringen. Hitlers bekannte Feindschaft gegen Schneiders französisches Vaterland konnte für den Rüstungsfranzosen Schneider natürlich kein Hindernis sein. Mühte er sich doch sagen: wenn Deutschland mit der Richtung, Frankreich siegreich zu schlagen, aufrüstet — was wird dann die Folge sein? Klar, daß dann auch Frankreich und seine Verbündeten wieder einen großen Anlauf zur Weiterrüstung machen werden. Und wer macht dann das Geschäft? Schneider-Creuzot oder richtiger: seine Arbeiter der Siem und der Faust, denen zuliebe er bekanntlich uneigennützig sein Geschäft betreibt. Uneigennützig — wie Armstrong-Vickers, wie Krupp, wie Göring und Hitler. Lauter Patrioten! Das sind sie alle — alle ehrenwert.

Chott.

Staatsrecht als Greuelwahrheit

Staatsrat Carl Schmitt, juristischer Hofclown des „dritten Reichs“

Von Günter Dallmann

Es liegt mir fern, mich in den Dienst der Verbreitung sogenannter „Greuelwahrheiten“ zu stellen, wenn ich wahrheitsgemäß berichte, daß es im totalen Staat Adolf Hitlers noch etwas wie ein — also man verzeihe mir diesen verfluchten liberalistischen Ausdruck, den ich einst in einer deutschen hohen Schule vor Anbruch des „dritten Reichs“ gelernt habe — Staatsrecht gibt. Niemals ist so unverfrorene Willkürherrschaft in Deutschland gesehen worden wie seit dem Zeitpunkt, da die Parteibuchbeamten des Nationalsozialismus Deutschlands Regierer wurden. Aber diese Leute, meist kleinbürgerlicher Herkunft, haben den angeborenen Drang nach Ordnung selbst im Chaos. So halten sich die braunen Herren einige mit akademischen Graden ausgestattete Hofclowns, die mit vielen gelehrten Sprüchen so tun müssen, als ob Rechtsätze und Verwaltungsnormen noch immer Gültigkeit hätten.

Erster juristischer Hofclown ist der von Adolf Hitler zum Staatsrat ernannte Universitätsprofessor Carl Schmitt, der die Weimarer Epoche als juristischer Zuhälter der Papenschen Staatsstreichs und bravourosen talmudistischer Kommentator und Sanktionierer aller seitens der Reaktion gegen die Weimarer Verfassung ausgeführten Streiche durchschritt und sich so bei den Nachfolgern Papens mit Recht lieb Kind gemacht hatte. Denn von Carl Schmitt stammt die „dezisionistische“ Lehre, daß der durch Artikel 48 der Weimarer Verfassung gegebene Ausnahmezustand eigentlich der gegebene Normalzustand für eine autoritätsbewußte deutsche Regierung sein muß. „Dem Manne kann geholfen werden“, sagten sich Hitlers Hofschranzen — und so wurde das „dritte Reich“ gestartet. Carl Schmitt aber wurde Mitglied der „Akademie für Deutsches Recht“ und hat eine Rechtfertigungsschrift für die braunen Herren geschrieben, die sich „Staat, Bewegung, Volk“ nennt — erschien als Heft 1 der Schriftenreihe „Der deutsche Staat der Gegenwart“ Hanserischen Verlagsanstalt Hamburg — und mit grotesken staatsrechtlichen Akrobatikstücken den Versuch unternimmt, das kleinbürgerliche Ordnungsbegehren der braunen Bilderstürmer unter akademisches Dach und Fach zu bringen. Es hat wirklich keinen Sinn, dieser byzantinischen Ergebnissadresse eines neudeutschen Professors größere Beachtung zu widmen, denn Carl Schmitts staatsrechtlich-politische Normen, die schon immer dubios, opportunistisch und der jeweiligen Macht angepaßt waren, haben sich hier zu einer geradezu unverwundlichen Rechtsverdrehung gesteigert, die den usurpatorischen Verwaltungssieg des Nationalsozialismus in einen verfassungsmäßig rechtfertigbaren Staatsakt umfließen. Nur um die Art kennenzulernen, wie ein preußischer Staatsrat so etwas fertigbringt, soll auf einen Hauptpunkt der Schmittschen Thesen hingewiesen werden.

Schmitt widmet sich nämlich dem scherzhaften Unterfangen, das Usurpatorenrecht der Hitlerregierung — obgleich er im selben Atemzuge deren „Legalität“ für undiskutabel und als eine von einem überwundenen System stammende Eigenschaft erklärt! — nicht aus der damals aktuellen Machtdynamik des nationalsozialistischen Staatsstreichs vom 27. Februar 1933 (Reichstagsbrandstiftung), sondern formalrechtlich unter Zuhilfenahme des Art. 76 der (außer Kraft gesetzten!) Weimarer Reichsverfassung zu rechtfertigen. Aber er vertraut anscheinend auf die Verfassungsenkenntnis seiner Leserschaft, wenn er die Stirn hat, zu behaupten, daß das Reichsgesetz vom 24. März 1933 — das er das vorläufige Verfassungsgesetz des neuen Deutschland nennt — „in den Formen eines verfassungsändernden Gesetzes gemäß den Bestimmungen des Art. 76 der Weimarer Verfassung (!!) mit den erforderlichen Zweidrittelmehrheiten beschlossen worden ist“ und weiterhin erklärt: „Dieses sogenannte Ermächtigungsgesetz ist vom Reichstag nur im Vollzug des durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933 erkennbar gewordenen Volkswillens (!) beschlossen worden.“ (S. 7). Nun, dieser Staatsrechtslehrer mit neudeutschen Moralbegriffen arbeitet, so muß seinem robusten Gewissen zugerufen werden: soviel Worte, soviel Lügen! Denn C. S. ist kein subjektiv ehrlicher Ignorant wie gewisse Persönlichkeiten der von ihm verteidigten Regierer, sondern ein Mann, der sehr wohl weiß, was er sagt und schreibt. Vielleicht darf man daher die Unhaltbarkeit der beiden zitierten Sätze Schmitts durch einen kurzen Blick in die Weimarer Verfassung erläutern. Erstens: Art. 76 RV bestimmt, daß Beschlüsse des Reichstags nur zustande kommen, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind.

Daraus ergibt sich zweitens, daß das Ermächtigungsgesetz keinen gemäß den Bestimmungen des Art. 76 gefaßten Beschluß des Reichstags darstellt, da die gesetzliche Mitgliederzahl überhaupt nicht anwesend war. Art. 21 besagt nämlich darüber: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes.“ Und Art. 22: „Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl... gewählt.“ Hieraus erhellt sonnenklar, daß sowohl die Wahl vom 5. März als logischerweise auch der hieraus resultierende „Reichstag“ sowie dessen „Beschluß“ ungültig sind. Denn erstens ist die Wahl vom 5. März nicht gemäß den Bestimmungen des Art. 22 RV abgewickelt worden, sondern mit Hilfe eines verbrecherischen Anschlags der nationalsozialistischen Regierungspartei und fernerhin — wenn C. S. als Hehler dieses Verbrechens davon schon keine Kenntnis nimmt — unter einem unerhörten Terror sowie unter Zuhilfenahme eindeutiger Fälschung der Wahlergebnisse, die durch objektive Statistiker — die freilich nicht im Propagandaministerium des Herrn Goebbels sitzen — erwiesen ist. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die Reichsregierung schon vor dem Brandstiftungstermin in grober Weise gegen den Art. 22 RV verstoßen hat, indem zuerst in einzelnen Ländern, dann — nach dem 27. Februar einheitlich — im gesamten Reichsgebiet der SPD und KPD die gesamte Wahlpropaganda unterbunden und insbesondere die KPD de facto schon als illegal behandelt wurde (Schließung ihrer Parteibüros, Verhaftung ihrer Funktionäre usw.).

Allin durch diese Tatsachen schon wurde die verfassungsmäßige Bestimmung der gleichen Werbestance für alle Parteien zunichte gemacht. Zweitens aber wurde sofort nach der Wahl gegen Artikel 21 RV, grob verstoßen, indem die Reichsregierung die für die Kommunistische Partei abgegebenen Stimmen — 81 Mandate (nach reichs- bzw. nazioffizieller „Zählung“) — für ungültig erklärte, wozu keine verfassungsmäßige Handhabe bestand. Allein schon durch diese Maßnahme war der „Reichstag“ illusorisch, denn seine Mitglieder waren nun nicht mehr Vertreter des ganzen Volkes, da nahezu fünf Millionen Wähler des deutschen Volkes durch einen reinen Willkürakt von der Geltendmachung ihres Willens nunmehr ausgeschlossen waren. Schmitt aber wagt es tatsächlich, im Zusammenhang mit dieser Reichstagswahl von einem — Volkswillen zu sprechen! Von einem „Volkswillen“ in bezug auf einen Reichstag, in den die Parteien nicht gewählt, sondern von den nationalsozialistischen Regierungsmitgliedern kommandiert waren und von dem ein 5-Millionen-Volkswillen ausgeschiedet blieb! — Drittens aber ist das sogenannte Reichsgesetz vom 24. März nicht in normalen Formen beschlossen, sondern den nationalsozialistischen Mitgliedern des Reichstags völlig eindeutig erpreßt worden, wobei alle Methoden der Erpressung, deren sich Gangster zu bedienen pflegen, angewandt worden sind. Wenn sich also C. S. schon überhaupt auf eine formalverfassungsrechtliche Rechtfertigung der Akte vom 5. und 24. März einläßt — wir finden das nur komisch —, so müßte er zum Schluß kommen: formalrechtlich sind sie ungültig. — aber: sie sind! Denn in Wahrheit, verehrter Staatsrat, muß das entscheidende Diktum so lauten: Verfassung hin, Terror her, die wahre und einzig entscheidende Rechtfertigung erfahren diese beiden Akte des braunen Staats aus der Machtdynamik eines erfolgreichen Usurpatorenrechts. Alle Erfahrung lehrt nämlich, daß ein erfolgreicher Putsch plötzlich zum legitimierten Staatsakt wird, aber diese Auslegung ist Ihnen vielleicht zu „marxistisch“!

Nun scheint es aber Herrn Schmitt bei seiner eignen „Beweisführung“ selbst etwas schwül zu werden, denn eine Zeile weiter erklärt er ganz plöglch, die Wahl war gar keine Wahl, sondern „in Wirklichkeit (!), rechtswissenschaftlich betrachtet (!), eine Volksabstimmung, ein Plebiszit, durch welches das deutsche Volk Adolf Hitler, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, als politischer Führer des deutschen Volkes anerkannt hat“. Hastenichtgesehen, hokuspokusfidibus! Die Kühnheit dieses Drehs ist tatsächlich unerreicht. Denn C. S. schmeißt durch die Einschmuggelung des angeblichen „Plebiszits“ seine ganze kunstvolle Konstruktion um. Gemäß Reichsverfassung wird nämlich der Reichstag nicht durch Plebiszit, sondern durch Wahl von Parteien gewählt, und C. S. scheint einer nur durch das sogenannte „Führerprinzip“ der Hitlerpartei erklärbaren Schizophrenie zum Opfer gefallen, wenn er — immer unter braver Zuhilfenahme der Weimarer Verfassung, bitte sehr! — die Wähler des 5. März, die Parteien und nicht Führer wählten, als Ausführende eines Plebiszits hinstellt; denn der sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zum Beispiel hat nicht so sehr seine Führer, sondern die Partei seiner Klasse gewählt, ebenso der katholische Wähler Abgeordnete seines Glaubens und der deutschnationale Männer seiner Kaste. Es ist wahr: die ausgesprochene Führerbindung der nationalsozialistischen Wählerscharen — wovon aber die Konjunkturwähler, die „Märzgefallenen“, vor allem kleine Geschäftsleute, auszunehmen sind! — ist unbestreitbar, aber da außer der NSDAP, noch eine erkleckliche Anzahl ebenso ornstzunehmender Parteien gewählt worden sind — und zwar insgesamt in stärkerem Prozentsatz als die Hitlerpartei —, Parteien, die nicht in dieser ausschließlichen Weise führergebunden sind, so liegt kein Plebiszit, sondern in der Absicht der Wähler und nach der ganzen Aufmachung der Wahl eine klare parteimäßig bekundete Willensäußerung vor. Carl Schmitt ist ein hervorragender Akrobat der parteipolitischen Juristei, wie sie das „dritte Reich“ gebraucht. Aber wen will er damit dumm machen?

Manchem wird unsere Beweisführung ein wenig verstaubt vorkommen, denn die Praxis hat die Theorie längst überflügelt. Aber wir wollten uns auch keineswegs in eine staatswissenschaftliche „Diskussion“ mit einem braunen Staatsrat einlassen, sondern nur zeigen, wie fadenscheinig im Grunde das Rüstzeug ist, mit dem Carl Schmitt e tutti quanti dem braunen Betrug „wissenschaftlich“ sekundieren.

Beaune Splitter

Ein Mann wird aus einem Konzentrationslager entlassen. Er ist kaum hundert Meter vom Lager entfernt, als ihn eine SA-Patrouille anhält und ihm die Frage stellt, woher er komme.

„Von mir erfahren Sie nichts“, sagt der Mann. „Ich bin kein Miesmacher!“

„Was ist ein Miesmacher? Ein Mensch, der nicht so gut lügen kann wie die anderen!“

„Bitterlich hat Selbstmord begangen. Grund: Nahrungssorgen!“

„Der Kerl war schon immer ein unverbesserlicher Miesmacher!“

„Gestern“, erzählte der „Niditarier“ M., „habe ich wieder bis zum Weißbluten Steuern bezahlen müssen.“ „Was?“, staunt der „Arier“ F., „Steuern zahlen — als Jude? Ja, dürfen Sie denn das?“

Tumult auf dem Potsdamer Platz. Ein Dieb wird verfolgt. Levi siehts und läuft ebenfalls spornstreichs davon.

„Hallo, Sie da!“ ruft der Schupo, „weshalb laufen Sie denn? Sie sind doch unschuldig!“

„Unschuldig?“ sagt Levi, „gewiß. Aber wer glaubt Ihnen das —!“

Deutsche Seebäder - judenrein!

Jetzt haben sie ihr Borkum allerorten,
Die rauhen Ueberrecken deutscher Art.
Die Nord- und Ostseebäder aller Sorten.
Sie öffnen ihre judenreinen Pforten
Nur noch dem Aseanstämmling. — Frohe Fahrt!

Sandburgen tragen hehr mit Hitlerfahnen,
Und kein Hebräer zeigt sich weit und breit.
Herr Piefke fühlt das Heldenblut der Ahnen
Erbrausen in verkalkten Aderbahnen,
Und selbst sein Fett preist Walhalls Herrlichkeit.

Deutsch bis ins Mark sind Strand und Meeres-
wogen,

Kein Geisteshauch trübt artfremd Wald und Flur.
Nur die Pensionsinhaber machen Oogen,
Seitdem die Judenkundschaft abgezogen,
Und jammern über schlechte Konjunktur.

Horatio.

Kongreß der Schriftleiter

der Sowjetunion

Nach langer Vorbereitung wird der Kongreß der Schriftsteller der Sowjetunion im Juni stattfinden. Die bestehenden Organisationen der Schriftsteller werden verschiedene Literaturausstellungen organisieren. In Moskau wurde ein Schriftstellerklubhaus eröffnet, das der Sammelpunkt der künstlerischen Niveaus der literarischen Produktion, die durch bestehen solche Klubs, so in Engels (Wolgadeutsche Republik). Im Mittelpunkt der Diskussionen steht die Frage des künstlichen Niveaus der literarischen Produktion, die durch Maxim Gorki aufgerollt wurde. Den Hauptanteil an der Kongreßvorbereitung nimmt die Moskauer „Literaturnaja Gazeta“ und die 15 anderen Literaturzeitungen, zu denen noch ungefähr 100 literarische Zeitschriften kommen, die in der Sowjetunion erscheinen.

Besonders bemerkenswert ist die Heranbildung des schriftstellerischen Nachwuchses. In vielen Betrieben, aber auch in Kollektivwirtschaften bestehen Literaturzirkel. In Moskau wurde eine literarische Abenduniversität eröffnet, an der junge Arbeiter, die sich bereits schriftstellerisch betätigt haben, Poesie, Prosa, Satire und Kritik studieren. Es sind 150 Teilnehmer an dieser Universität eingeschrieben. An dem Kongreß werden zahlreiche ausländische Schriftsteller teilnehmen, darunter nach den bisherigen Mitteilungen Theodore Dreiser, John Dos Passos, Upton Sinclair, Sherwood Anderson, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, Romain Rolland, André Gide, André Malraux, Henry Barbusse, Paul Vaillant-Couturier, Bernard Shaw, Stefan Zweig, Martin Andersen Nexö, wie auch Vertreter der Schriftsteller der verschiedenen Länder, einschließlich Chinas und der Türkei.

Warum Hellfritz gehen mußte

„Verwirrung der Rechtsbegriffe“

Der Breslauer Universitätsprofessor Geheimrat Hellfritz ist gemäßigert worden; er wurde seines Postens als Schriftleiter der „Deutschen Juristenzeitung“ entbunden und durch den Kölner Professor Karl Schmidt ersetzt. Die Maßregelung erfolgte auf Grund eines Artikels, aus dem wir kürzlich einen Abschnitt veröffentlichten; er lautete: „Wir leben gegenwärtig in einer Verwirrung der Rechtsbegriffe, wie sie für die Wissenschaft nicht ärger gedacht werden kann. Folgt nicht allmählich eine Klärung, so werden die deutschen Juristen weiter der Welt das Schauspiel bieten, aneinander vorbeizureden. Es geht unmöglich an, daß Ausdrücke der Propaganda kritiklos in die Wissenschaft übernommen werden... Die „Flucht ins Politische“ ist ein bedenklicher Wesenszug der neuen Rechtswissenschaft.“ Der Reichsjustizkommissar Dr. Frauk hatte zu diesen Ausführungen Hellfritz auf einer Düsseldorfer Juristentagung erklärt, Hellfritz wolle „mit Hilfe der Presse Stimmung gegen den Staat Adolf Hitlers machen. Die Vernichter des deutschen Volkes glauben, noch einmal das Heft in die Hand zu bekommen.“ Hellfritz zählte sich immer zu der politischen Rechten.

Ausgerechnet Bronnen!

Er betreut den jüdischen Kulturbund

Nach dem neuen Theatergesetz unterstehen auch sämtliche Privatbühnen jetzt dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Unter die Privatbühnen aber fallen auch die Theater des jüdischen „Kulturbundes“, bis jetzt zwölf an der Zahl. Selbstverständlich gelten für diese Theater dieselben Vorschriften wie für alle übrigen Bühnen. Auch für sie erneunt Goebbels die Direktoren, Regisseure, Kapellmeister, und ihnen kann er vorschreiben, welche Stücke sie spielen müssen. Da sich aber Goebbels für diese etwas unangenehme Aufgabe nicht zuständig hielt, hat er dafür einen Stellvertreter ernannt. Und zwar Herrn Arnold Bronnen.

War das von Herrn Goebbels nicht ein kleiner pikanter Seitenhieb? Ausgerechnet Bronnen hat er zum Hüter der jüdischen Bühnen bestellt! Glaubt er nicht an das reine Arierium des nationalsozialistischen Dichters? Bronnen hat sich von dem Verdacht eines jüdischen Vaters gereinigt, indem er öffentlich erklärte, seine Mutter hätte mit einem reinen Arier einen Fehltritt begangen, dem er entsprochen sei! Sehr erhaben soll Bronnen nicht davon sein, ausgerechnet die jüdische Kunst betreuen zu müssen!

Henket aus dem Busch

Der „Deutsche“ Nr. 118, Organ des Ley, Hauptdichtleiter Karl Busch, veröffentlicht ein Hoggedicht gegen Thälmann:

Herr Teddy ist ja von Natur
ein Mann von stattlicher Figur,
der dazu überdies sogar
in jeder Art der schlankste war,
doch ist er, wenn auch hübsch und schlank,
noch immer einen Kopf zu lang!

Ein Stück Deutschland ohne Mystik

Die Rente für den Ellenbogen und Schmalfuß hat eine Stinkwut gegen die Juden

Von Jacques P. Stranger

... Es fand die entscheidende, die letzte Untersuchung statt. Schmalfuß stand vor dem kurzschichtigen, kleinen Regimentsarzt Dr. Vid. Ein Mediziner, der wegen seiner Kurzsichtigkeit im Hinterland Verwendung gefunden hatte. Schmalfuß mußte seinen Oberkörper entblößen. Eine Schwester half. Dr. Vid reichte ihm knapp bis an die Schulter. Seine kleinen, kalten Finger tasteten am Arm herum.

„Schreiben Sie, Schwester,“ nuschelte er. „Unvollständige Verteilung des rechten Ellenbogengelenkes. Beschränkung der Gebrauchsfähigkeit der rechten Hand. Rote Kräfte der Füßen, etwas rot gefärbten rechten Hand ist stark herabgesetzt.“

Schmalfuß stierte. Unterhalb seiner rechten Schulter bewegte sich ein schwarzer Haarbüschel. Was für eine Ratte, dachte Schmalfuß. Krabbelt da auf meiner Haut herum mit seinen kalten Weichenfingern. Komischer Kerl, dieser Doktor. Sieht aus wie 'n Jud.

Der Regimentsarzt litt an gestielten Schleimhautwucherungen im Nasenraum. Das hinderte ihn stark am Sprechen. Dazu klemmte ein goldener Klemmer die rötliche Nase zusammen. Vieh sie krumm erscheinen. Widerlicher Kerl, dachte Schmalfuß.

„Unter Berücksichtigung des Berufes als Viertuscher,“ diktierte nuschelnd Dr. Vid zum Schluß, „Stelle ich eine 50-prozentige Erwerbsunfähigkeit fest. Eine Abschrift geht an die königliche Regierung in Dresden.“

Schmalfuß brauchte nicht wieder ins Feld. Wurde Hilfsdienstpflichtiger. Stand dem Bezirkskommando zur Verfügung. Seine Laufbahn begann. Laufbahnen. Politische und andere.

Munitionsfabrik Wilhelm Scheide u. Koch, 367 Frauen und 12 Männer. Einer von den Männern war Kurt Schmalfuß. Ehemaliger Viertuscher. Kriegsverwundet. Rentenempfänger. Vedig. Stand an einer Drehbank. Drehte Granaten. Für die, die noch draußen waren. Eigentlich gegen sie. Oder doch für? Nein, gegen.

In dem Raum war er der einzige Mann. Arbeitende Frauen. Kriegsfrauen. Verbärtet, blaß, abgerackert, hungrig. Schmalfuß führte das große Wort.

„Ich bin zweimal verwundet worden. Habe den Scheißdreck mitgemacht. Für das Vaterland. Jawohl!“

Er trug, im Knopfloch, das schwarze Bändchen. Eisernes Kreuz 2. Klasse. Der Weltkrieg war ein großer Krieg. Die Stadt im Osten Sachsens war ein winziges Städtchen. Schmalfuß, unter stillen Frauen, war ein Kriegsheld. Ein gewaltiger Kriegsheld. Mit Vizepaß...

Heißer Julitag 1917. Sonntag. Er geht mit der ledigen Straßenbahnerin Hilde Siebert. Hinaus in die Natur. Hinein in die Fichten. Die Hilde ist ein Schmales, blutarmes Persönchen. Sie trägt die dicke, schwarze Uniform der kleinfräulichen Ringbahn. Sie hat Hosen an, breite, so was zeigt, was man hat als Frau. Auf den hochgesteckten Böpsen, ein wenig Schief, die Mühe. Sie muß noch heute in den Dienst, die Arme, Nachtdienst. Von 6 bis 9 Uhr. Sie halten sich an den Händen. Sie luchen einen einsamen Feldweg. Die Sonne brennt. „Ich bin müde,“ sagt das Mädchen. Sie knüpft die warme Uniformjacke auf. „Wir haben wenig Zeit,“ sagt Schmalfuß. Sie legen sich schnell. Sie legen sich schnell. Hinterher sagt Schmalfuß zu dem Mädchen, dessen Augen glänzen: „Mit der Hochzeit werden wir bald einig sein. Ich krieg eine Rente. Dann brauchst du nicht mehr zu arbeiten.“

Drei Monate später heiratete er. Nicht die Hilde Siebert. Eine Kriegserwimwe Vina verw. Hering geb. Schultheiß. Sie hatte eine fast neue Einrichtung und ihr Charakter war auch nicht zu verachten. Außerdem war sie tagüber leichtgläubig und nachts stark feilig...

Der Krieg war eines Tages zu Ende. Ganz plötzlich. Die Leute in dem kleinen Städtchen waren ganz erschrocken. Alles kam so überraschend. Der Frieden und die Schließung der Munitionsfabrik. 367 Frauen und 12 Männer waren ohne Arbeit.

Schmalfuß wurde Mitglied im „Arbeiter- und Soldatenrat“. Er war erst „Unabhängiger Sozialist“, dann ging er zu den Spartakisten. Weil das wenigstens Kerle sind, sagte er. Eines Tages hatte er auch die Spartakisten satt. Ueberhaupt die ganze Politik. Scheiße, sagte er.

Er beantragte ein Anstellungsformular. Weil er kriegsverletzt ist. Und lebt ohne Arbeit. Er wurde Briefträger. Sein richtiger Titel: Hilfspostbote. Wenn er sich bewährt, sagte man ihm, wird er befördert werden. Langsam, aber sicher, Herr Schmalfuß.

„Ich bin jetzt Postbeamter.“ Er bekam fast vor sich selbst Respekt.

Seine Frau Vina trug schon das zweite Kind. Den ungeheuren Bauch streckte sie vor wie eine Pauke. Ihr aufgedunnenes Gesicht glänzte. Schmalfuß sah sich die Belagerung an und fand, wie alle Männer seines Kalibers, daß die Frau einen lächerlichen Eindruck macht in diesem Zustand. Er war noch immer Hilfspostbote. Er trug keine Pauke. Nur eine kleine Ledertasche.

Eines schönen Tages, am hellen Nachmittag, die Sonne lachte, fiel die Vina hin. In ihrer Bohnung. Bauch, da lag sie da, die arme Vina. Warum? Ein Geheimnis hatte ihr eben schonend mitgeteilt, daß ihr Mann Unterschlagungen begangen habe. Unterschlagungen im Amt. Liebe Frau Schmalfuß. Postkontrollungen gefälligst. Das Schuhgeschäft Goldberg ist dahinter gekommen. Und nun sitzt er, der Hilfsbote. Seit Mittag. Im Untersuchungsgefängnis.

Es war kein großer Kampf um Schmalfuß. Aber um seine Rente.

Schmalfuß schrieb aus dem Gefängnis. An das Versicherungsamt.

„Ich, der ehemalige Soldat und Viertuscher Schmalfuß (von seiner Beamtenstellung schrieb er nichts), bin im Weltkrieg zweimal verwundet worden. Ich war, meine Herren, Gefreiter. Ich erzeuge umgehend um eine Abfindungssumme. Hochachtend Kurt Schmalfuß, ehem. Gefreiter. Inhaber der Sächsischen Tapferkeitsmedaille und des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.“

Das Versicherungsamt schrieb an die Gefängnisverwaltung kurz und bündig: „Warum ist Schmalfuß im Gefängnis und für wie lange?“

„Wegen schweren Diebstahls im Amt. Drei Jahre sechs Monate,“ lautete die Antwort. Kurz und bündig.

Es wurden Fragebogen ausgefüllt. Die Polizei stellte fest, was er alles in seinem Leben gemacht hat. Frau Vina mußte zu ihrem Schreck erfahren, daß der Pump, der Gauner, der Spießbube Altmeiste gezahlt hat! An wen? An eine Frau Hilde Müller geborene Siebert. Für einen Jungen mit Vornamen Karl. Seine Mutter war einmal, während des Krieges, Straßenbahnerin gewesen. Auf der kleinen Ringbahn. Es war einmal ein heißer Sommertag. Ein Sonntag. Ein einsamer Feldweg. Sie hatten sich an den Händen gehalten. Dann geleht. Dann gelegt. Das Resultat hieß heute Karl. Der Mann seiner Mutter war der Autohändler Heinrich Müller geworden.

„Wie heißen seine ehelichen Kinder, Frau Schmalfuß?“

Schluchzend sagte Frau Vina: „Martha Emma und Margarethe Hildegard.“

„Ist der Antragsteller, zur Zeit wohnhaft im Sächsischen Landgerichtsgefängnis zu Leipzig, zum Weiterbezug seiner Rente berechtigt?“

„So ein Fragebogen ist undarmherzig. Ein Froger ohne Herz.“

Das Leben rollte wie ein langer Güterzug in einer kahlen Landschaft. Einmal hielt der Zug mitten auf der Strecke. Man fand die Vina auf dem Trockenboden. An einer Peine hängen. Blau, mit vorgestreckter Zunge, die Augen voller trockener Tränen. Man schnitt sie ab. Es war zu spät.

Sie hatte einen kurzen Brief hinterlassen. Vier Worte nur. Die schiefen Buchstaben, die wie umgefallene Balken auf dem Papier lagen, ergaben nach eingehender Prüfung durch die Nordkommission: „Er weiß schon warum.“

Schmalfuß zuckte die Achseln. Rec, ich wech von nicht.

Schmalfuß trug Trauer. Ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre. Der dunkle Anzug war aus haltbarem Stoff. Der Jude Fischmann hatte ihn nicht über's Ohr gehauen, mußte Schmalfuß zugeben. Na, das ist eben mal eine Ausnahme. Sonst sind die Juden ein beschissenes Volk. Die hauen einen über's Ohr, na, man weiß schon. Unterm Hintern holen sie einem die paar Groschen vor, wenn sie können. Eine gefährliche Rasse.

Fischmann wurde von ihm großzügig ausgenommen. Koch. Der half ihm ja auch gelegentlich. Außerdem war Fischmann der einzige Jude, mit dem Schmalfuß persönlich Prühlung hatte. Trotzdem: er ist gegen diese gefährliche Rasse. Man muß sie mit Stumpf und Stiel androtten!

Manchmal trug er schon eine braune Uniform. Erst nur abends, wenn es dunkelte. Später kam er damit auch ans Licht. Eines Tages wurde er zum 3. Schriftführer der Nationalsozialistischen Betriebszelle gewählt. In den „Chemischen Werken W.G.“. Er war dort angestellt worden. Als Portier. Sein Parteigenosse Eichhorn hatte ihn einem anderen Vg. empfohlen. Dieser andere war ein hohes Tier bei den Chemischen Werken.

Am 1. April 1933 wurden die Juden boykottiert. Ein lustiger Tag. Ein trüblicher Tag. Zur Feier des Tages schloßen die Behörden ihre Büros. In ganz Deutschland. Auch in dem kleinen Städtchen im Osten Sachsens.

An Fischmanns Schaufenster klebten große, gelbe Zettel. Da war zu lesen: „Das Betreten dieses Judengeschäftes ist mit Lebensgefahr verbunden!“ Auf einem Zettel prangte ein Totenkopf. Darunter die Aufschrift „Tod den Judenhebern!“

Am Nachmittag kam Schmalfuß vorbei. In einer neuen Uniform. Erst wollte er einen Bogen machen. Dann blieb er aber doch stehen. Ein tapferer Mann macht keinen Bogen, Schmalfuß. In den Straßen und Gassen ging das ganze Städtchen spazieren.

„Das ist nicht persönlich gegen Sie, das ist aus Prinzip,“ murmelte er leise (warum leise, Schmalfuß?).

„Wieso Prinzip?“ fragte Fischmann. Müde. Er fragte und er fragte auch nicht.

Fischmann ging zurück. Allein. In seinen Laden. In den leeren. Ging ins Kontor. Setzte sich an den Schreibtisch. Stiigte den Kopf in die Hände. Begann zu grübeln. Er suchte eine Entschuldigung für den Schmalfuß. Eine Verteidigung. Einen Grund für den Antisemitismus. Ein echter Jude, dieser Fischmann. Er suchte einen „Grund“ für etwas, das ihn vernichten will. Er suchte. Er sucht noch heute. Ein echter Jude....

Die Ausstellung von Chicago

Präsident Roosevelt hat dieser Tage ein Gesetz unterzeichnet, das der Regierung einen Kredit von 200.000 Dollar bereitstellt zur weiteren Teilnahme an der Ausstellung von Chicago. Ein Beschluß des Kongresses setzt genauestens auseinander, welche Mengen ausländischer Waren, die für die Ausstellung bestimmt sind, in das Land eingeführt werden können. Man scheint also dräben mit Bestimmtheit zu hoffen, den Mißerfolg, wenigstens in finanzieller Hinsicht, des vergangenen Jahres noch einholen zu können.

Atomzertrümmerung

Eine epochale Erfindung

Der italienische Physiker Fermi berichtet in der römischen Akademie der Wissenschaften über seine neuesten Arbeiten auf dem Gebiet der Atomumwandlung und künstlichen Radioaktivität. Wie verlautet, ist ihm die Umwandlung sehr zahlreicher Elemente durch Beschickung mit Neutronenstrahlen sowie die Erzeugung eines Uranisotops vom Atomgewicht 93 gelungen. Bisher war das gewöhnliche Uran mit dem Atomgewicht 92 das schwerste bekannte Element. Wir werden auf diese Versuche nach Eingang genauerer Nachrichten zurückkommen.

Hierzu verbreitet das Deutsche Nachrichtenbüro noch folgende Meldung aus Rom:

Der Professor der Chemie Fermi hat gestern in der königlichen Akademie von Veneiz in Anwesenheit des Königs-paares ein neuartiges Experiment der Atomzertrümmerung vorgeführt, durch das er ein neues radioaktives Element durch Atomumwandlung gewonnen hat. Die Atomzertrümmerung ist in der modernen Chemie durchaus etwas Alltägliches. Die Erfindung Professor Fermis ist insofern etwas Neuartiges, als er durch Zertrümmerung des Urans ein neues Element erhalten hat, von dem ein Gramm eine Energie von 60.000 Kilowattstunden enthalten soll. Das käme einer Wärmemenge von rund 52 Millionen Kalorien gleich. Da die Umwandlung eines Gramms Wasserstoff in Helium etwas 200.000 kW ergeben würde, wären schon 50 Kilogramm Wasserstoff ausreichend, um die zehn Milliarden kWh elektrische Energie zu schaffen, die Italien in einem Jahr verbraucht. Fermi hat den neuentdeckten Stoff „Element 93“ genannt.

Eine Brücke über den Kanal

In Paris ist der polnische Ingenieur Adalbert Kramstuf eingetroffen. Er bringt den Plan für die Konstruktion einer Brücke mit, die über den Kernkanal Frankreich mit Großbritannien verbinden soll und deren Errichtung sich billiger stellen soll, als der projektierte Tunnel. Das Kapital soll von einer privaten Gesellschaft aufgebracht werden, der internationale Finanzmänner angehören und die die Eisenbahn-Konzession u. Autostraße-Konzession auf der Brücke erhalten soll. Man denkt daran, auf halbem Wege eine künstliche Insel mit Hotels, Garagen usw. zu bauen. Der polnische Ingenieur, der seinen festen Wohnsitz noch in Südamerika hat, ist vollsten Vertrauens und versichert, daß er die Einwilligung der französischen und englischen Regierungen erhalten wird, so daß er zu Beginn des nächsten Jahres mit seiner Arbeit anfangen kann.

Mary Pickford verträgi sich mit „Doug“?

Mary Pickford ist noch „Pickfair“, der berühmtesten Schauspieler von Hollywood, die sie mit ihrem Gatten Douglas Fairbanks bemohnt hatte, zurückgekehrt. Diese Rückkehr wird in der Filmstadt als ein sicheres Indiz dafür angesehen, daß Mary ihren Plan, sich von „Doug“ scheiden zu lassen, fallen gelassen hat.

Lachen nicht verlernen

„Das ist denn mit dem Mann geschehen, der Ihre Unterschrift auf einem Wechsel gefälligst hat?“

„Er wurde ins Irrenhaus gebracht.“

„Kellner, ich möchte zahlen!“

„Was haben Sie gehabt?“

„Das weiß ich nicht. Bestellt habe ich einen Rohbraten.“

Erich geht mit seinen Sachen unordentlich um. Als die Mutter morgens das Zimmer betritt, liegen seine sämtlichen Habseligkeiten auf dem Boden zerstreut. Die Mutter fragt: „Wer hat seine Kleider nicht aufgehängt, als er zu Bett ging?“

Unter der Decke spricht eine gedämpfte Stimme: „Adam.“

Frau Mayer bekommt Zwillinge.

Herr Mayer ist auf einer Geschäftsreise. Frau Mayer telegraphiert ihrem Mann: „Heute Zwillinge bekommen. Morgen mehr.“

„Ein ideales Paar. Sie haben immer die gleichen Gedanken.“

„Ja, aber He scheint rascher zu denken.“

„Und wissen Sie, daß es zehn Jahre gebraucht hat, bis ich entdeckt habe, daß ich absolut kein Talent zum Schreiben besitze?“

„Und dann gaben Sie es auf?“

„O nein, da war ich schon viel zu berühmt!“

„Wie geht denn Ihr Artikel über das Perpetuum mobile?“

„Großer Erfolg! Raum schide ich ihn weg, kommt er prompt zurück.“

„Gratulliere, Herr Professor, ich höre, Ihre Frau hat Zwillinge bekommen. Sind es Knaben oder Mädchen?“

„Ich glaube, es ist ein Knabe und ein Mädchen. Es kann aber auch umgekehrt sein.“

In der Oper: Ein Herr wird von seinem Nachbarn gefragt, wie ihm die Stimme der Primadonna gefalle. „O, sie besitzt das schönste Athma, das ich je gehört habe.“

„Haben Sie Kinder?“

„Ja, drei erwachsene Töchter.“

„Veden sie bei Ihnen zu Hause?“

„Nein, sie sind noch nicht verheiratet gewesen.“

Wiens neue Herren

Die Pläne der faschistischen Gemeindeverwaltung

Ein kommunalpolitischer Sachmann schreibt dem ÖRN aus Wien:

Der faschistische Bürgermeister von Wien hat nun das Programm der neuen, durch Staatszweck eingeleiteten Gemeindeverwaltung bekanntgegeben. Die Körperschaft, der dieser Plan vorgelegt wurde, ist der ernannte Rat der Stadt Wien, der vom Bürgermeister auf Kommando der Vaterländischen Front berufen wurde. Wien hat keine gewählte, sondern nur eine ernannte Gemeindeverwaltung. Die Grundzüge, die für diese Ernennung maßgebend waren, kennzeichnen das neue System und sein Programm: Räte der Stadt Wien sind Großunternehmer und Großhandelsleute geworden, die bei Wahlen niemals in den Gemeinderat entsendet worden wären. Arbeitervertreter gehören dem neuen Rat im ganzen sechs oder sieben unter 64 Räten an, dabei sind diese Arbeitervertreter christlichsozialer Gewerkschaftsvertreter, die überhaupt niemand hinter sich haben.

Die Ernennung der Räte ist auch für das Programm, das ihnen vorgelegt und selbstverständlich ohne Debatte genehmigt wurde — die Stimmungen der faschistischen Körperschaft sind geblieben — kennzeichnend. Die faschistische Stadtverwaltung hebt alle Steuern, die die Reichen unmittelbar treffen, auf: die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die auflegt nur mehr von Nachtlokalen und anderen ansiedlungsbedingten Vergnügungslökalen der Bourgeoisie bezahlt werden müßte; die Hauspersonalabgabe, die große Haushalte mit mehr als drei Hausgehilfen zu entrichten hatten; die Pferdeabgabe, die Bourgeois zu bezahlen hatten, die sich Renn- und Reitverstehe halten können; die Vermögensabgabe, die den Ubergewinn von Hausbesitzern erlaubt, die ihre Häuser verkaufen; die Inzeratentabgabe, die die großen kapitalistischen Zeitungen trifft. Alle diese Steuern, wegen der die Kapitalisten die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung leidenschaftlich bekämpft haben, werden nun von der faschistischen Verwaltung im Interesse der Reichen aufgehoben.

Außerdem wird die Steuer, die von den großen Wohnungen und Villen entrichtet werden mußte, wesentlich herabgesetzt. Die kleinen und mittleren Wohnungen bleiben trotz der Steuererleichterungen, mit denen sich die neue Gemeindeverwaltung einführen will, so beheizt wie bisher.

Dafür führt die faschistische Gemeindeverwaltung Massen Steuern ein, die die Allermäßigsten treffen. Es war ein Ziel der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, daß sie den Wienern das ausgezeichnete Hochwasserwasser liefern sollte ohne jede Entschädigung zur Verfügung gestellt hat. Das war ein Stück Massenkultur. Die faschistische Gemeindeverwaltung räumt mit dieser Kultur auf und legt die Menge des Wassers, das gratis abgegeben wird, auf die Hälfte herab. Mehr als eine Million Schilling sollen die Wiener Haushalte nun für das Wasser aufbringen. Es ist selbstverständlich, daß den größten Teil davon die Haushalte der Wiener Arbeiter und Angehörigen aufbringen müssen.

Die zweite Abgabe auf die Massenkultur ist die Abgabe, die die Gemeindeverwaltung für die moderne und englische Rechtsabfuhr einheben will, die unter der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung eingeführt worden ist. Nicht weniger als 5 Millionen Schilling im Jahre sollen durch diese Abgabe der Gemeinde zufließen — selbstverständlich vor allem durch Befahrung der kleinen Haushalte, die durch diese neue Miß-Steuer ungemein schwerer getroffen werden als die großen Haushalte.

Die neue Gemeindeverwaltung will auch ein Investitionsprogramm aufstellen. In zwei Jahren sollen 60 Millionen Schilling ausgeben werden, ein Bruchteil dessen, was die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zur Wirtschaftsanforderung verwendet hat. Wichtig ist aber vor allem, daß die faschistische Stadtverwaltung bei der Geldbeschaffung denselben Bankrott wie die Regierung will, den die Regierung vollziehen beschließen hat. Die Regierung wählte sich in ihrer Finanznot keinen anderen Weg, als Schuldscheine zu begeben, das heißt für die Bedeckung der Staatsausgaben Banknoten drucken zu lassen. Nun will auch die Gemeinde Wien Schuldscheine, und zwar an die Großbanken begeben. Außerdem sollen die städtischen Unternehmen Wechsel anstellen, was das Eingeständnis einer Inflationspolitik ist.

Die Rechte des großkapitalistischen Finanzprogrammes der faschistischen Gemeindeverwaltung, die Politik bedenklichen Schuldenmachens und des Banknotendruckes ist volkswirtschaftlich außerordentlich bedeutungsvoll. Unter diesem Regime faschistischer Demagogie acht Österreich neuen wirtschaftlichen Katastrophen entgegen.

An'isem'ische Flugblätter verboten

In der Tschechoslowakei, nicht in der Streicherei

Prag, 7. Juni 1934. A. Abgordneter Dr. Angelo Goldstein legte kürzlich dem Justizministerium ein Flugblatt vor, das heftige Angriffe gegen die jüdische Nation und Beschuldigungen gegen jüdische Emigranten enthält. Das Flugblatt war in Mährisch-Odrau gedruckt und in großer Auflage in mährischen Städten verbreitet worden. Aus zahlreichen Orten erhielt die jüdische Partei Mitteilungen über Verbreitung dieses heftigen Flugblattes.

Das Justizministerium teilt nun in einer Zuschrift dem Sekretariat der jüdischen Partei mit, daß es der Staatsanwaltschaft in Mährisch-Odrau den Auftrag erteilt habe, die gesamte Auflage des Flugblattes zu beschlagnahmen.

Die deutschen Auswanderer

90 bis 95 Prozent sind Juden

(Anprek.) Nach den letzten veröffentlichten statistischen Angaben betrug die Zahl der deutschen Auswanderer, die über deutsche Häfen mit dem Ziel Übersee die Heimat verließen, im ersten Vierteljahr 1934: 2441. Davon wanderten 1748 Deutsche nach den Vereinigten Staaten aus. In den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres betrug die Zahl der bereits 1935 Einwanderungswilligen, während im gesamten Jahresjahr 1932-33 nur 1241 Witen erteilt wurden. 91 bis 95 Prozent der in den 8 Monaten Ausgewanderten sind Juden.

Verbrecherkämpfe in Amerika

25 000 Dollar Kopfsprämie

(ÖRN.) Washington, 8. Juni. Unter einer Reihe von Gesetzen zur Bekämpfung der steigenden Kriminalität in den Vereinigten Staaten unterzeichnete Präsident Roosevelt auch eine Verordnung, durch die das Justizdepartement ermächtigt wird, auf die Ergreifung von notorischen Verbrechern einen Preis in Höhe von 25 000 Dollar auszusetzen. Damit werden für die Ergreifung Dillingers nunmehr 25 000 Dollar Belohnung ausgesetzt.

Einer von Dillingers Haupt Helfern namens Tommu Carroll wurde am Donnerstag in Waterloo (Iowa) bei einem Zusammenstoß mit Postkisten tödlich verletzt. Er starb wenige Stunden später in einem Krankenhaus. Ein mit ihm aufgefahrener Wagen, das sich als keine Frau bezeichnete, gab gestrichenes Mädchen, das sich als Schloß in einer Wald- zu, daß sie und Carroll bei einer Schloß in einer Wald-

Woldemaras Putsch

Unklare Nachrichten — Der iruhere Ministerpräsident verhaftet

Lissabon, den 7. Juni 1934.

Wie aus Romo gemeldet wird, ist dort in der Nacht zum Donnerstag ein Militärputsch vor sich gegangen, der von den Anhängern des ehemaligen Ministerpräsidenten Woldemaras in Szene gesetzt wurde. Woldemaras, der in der Nacht mittels Flugzeugs in die Nähe von Romo gebracht worden war, wurde von seinen Anhängern zum Ministerpräsidenten ausgerufen. Ueber den Erfolg des Putsches treffen die widersprechendsten Nachrichten ein. Zunächst hieß es, daß Woldemaras sich erfolgreich durchgesetzt und die Regierung übernommen habe, später verlautete, daß er mit dem Flugzeug wieder zurückgeschafft worden sei, daß aber die Regierung nicht gegen ihn vorgehen wolle, angeblich, weil das Militär ihn gegen seinen Willen nach Romo gebracht habe. Die Verhältnisse sind dadurch besonders unübersichtlich, daß sich offenbar auch das Militär in seiner Stellungnahme zu Woldemaras gespalten hat. Sicher scheint zu sein, daß Veränderungen in der Regierung bevorstehen, da man unter allen Umständen den Forderungen des Militärs Rechnung tragen will.

Der Putsch war mühelos vorbereitet. Es gelang den Akteuren die völlige Geheimhaltung bis zu seinem Ausbruch.

Nach einer späteren Meldung aus Romo soll Woldemaras überhafter sein Angeblüh herrsche im Lande vollkommene Ruhe.

Eine „Gruppe von Offizieren“

Romno. Zu den Vorkommnissen in Romno gibt die Litauische Telegraphenagentur bekannt, daß eine Gruppe von Offizieren einen Versuch unternahm, die Obrigkeit der Republik in der Richtung auszuüben, die litauische Regierung zu Gunsten einer Regierung Woldemaras umzubilden. Nachdem der Staatspräsident derartige Versuche auch nur zu erörtern ablehnte, ist der Generalkommandant Kubilanus zurückgetreten und sein Posten mit Generalleutnant Jodas belegt worden. Woldemaras wurde der Staatssicherheitspolizei übergeben. Bislang sind sieben Verhaftungen erfolgt.

Die litauische Regierung ist, was man beargwöhnen kann, um Verkleinerung des Putsches bemüht. Ihre Telegraphenagentur schreibt, daß Woldemaras von den litauischen Offizieren selbst dem Generalstab und von die, den Organen der Staatssicherheitspolizei übergeben wurde. Er befindet sich zur Zeit zu deren Verfügung. Somit sind alle Gerüchte über einen erfolgten Umsturz, über Verhandlungen mit Woldemaras zwecks Bildung einer Regierung, über dessen Aufenthalt im Palais des Staatspräsidenten und über die Bildung einer Regierung durch Woldemaras erledigt. Im ganzen Lande und in allen Armeeteilen herrscht vollkommene Ruhe und Disziplin.

Frauen in Barbarien

In den Wahnsinn getrieben?

Nach immer wird die Frau des von der Gestapo ermordeten Note Hilde Sekretärs Erich Zeinurth gefangen gehalten. Ueber die brutale Art, mit der ihr im Gefängnis der Tod ihres Mannes mitgeteilt wurde, wie sie unter schwerer ZS-Bewachung zu seinem Grabe geschleppt wurde, haben wir schon berichtet.

Zeit dem Tage der Verurteilung ist nichts mehr über den Aufenthalt von Frau Zeinurth zu erfahren. Sie soll zuerst wieder ins Gefängnis gebracht worden sein. Aber in der letzten Zeit fehlt jede Spur von ihr. Ihre Angehörigen die gefangen haben, in welchem entsetzlichen Zustand sich die nebelhafte Frau befand, beschreiben auf Grund bestimmter Angaben, daß Frau Zeinurth in den Wahnsinn getrieben wird, wo sie von niemand besucht werden kann.

Wir fordern Aufklärung über das Schicksal dieser Frau, die die Folter des Mann gemordet haben. Die Delegationen, welche nach Deutschland kommen, um die Lage der Gefangenen zu prüfen, werden nicht vergessen, auch nach Frau Zeinurths Verbleib zu forschen und mit allem Nachdruck ihre Freilassung zu fordern.

Tina Schmidt

Die ehemalige Nationalsozialistin

Die illegale Note Hilde Deutschlands erhält alarmierende Nachrichten über die Gesangsbestimmung der ehemaligen Nationalsozialistin Tina Schmidt aus Haidau in Konzentrationslager Hohenheim.

Tina Schmidt, die Frau eines hohen Nazi-Funktionärs und selbst langjähriges Mitglied der NSDAP, war, erkannte die frauenfeindliche Rolle dieser Partei, wandte sich von ihr ab und suchte einen Weg, auf dem sie für die Rechte der Frauen einzutreten könne. Eine literarische Hausfrauenzeitung schickte sie nach der Sowjetunion, damit sie sich dort von den bolschewistischen Frauen überzeugen könnte. Doch wurde Tina Schmidt durch alles, was sie in der NSDAP sah, davon überzeugt, daß die Frau bisher nur in der Sowjetunion wirklich ökonomische und gesellschaftliche Arbeit genießt. Statt daher in Deutschland antibolschewistische Vorträge zu halten, sprach Tina Schmidt nach ihrer Rückkehr öffentlich, als begeisterte Freundin der Sowjetunion. Als sie ein zweites Mal mehrere Monate nach der SU fuhr, kehrte sie mit vielen literarischen Werken zurück, aber nicht, um die Errichtung des Sozialismus auch in Deutschland und allen anderen Ländern die Vertreibung der Frau bringen könne. Seitdem verachtete sie auf das bequeme Leben einer Bourgeoisidame und kämpfte oft in bitterster Not. Seite an Seite mit den antifaschistischen Frauen für dieses Ziel, von ihnen als ebl'che Kampfgenosin und zuverlässige Kameradin geliebt und geachtet.

Während der Zeit und ständige Verleumdung trat sie von Seiten der Nationalsozialisten. Schon vor Ollfers Nachtorgans wurde sie von SA überfallen. Und der Dr. Goebbels ließ es sich nicht nehmen, in den Spalten seines „Angriff“ persönlich gegen Tina Schmidt zu polemisieren. Aber nachdem Ollfer Reichsfunktionär und Goebbels Propagandaminister ermordet waren, brachten sie ihre frauenfeindlichen „Angriffe“ Waffeln nicht mehr. Tina Schmidt wurde verhaftet.

Die Nazis handelten besonders skrupellos an ihr, indem sie ihr die Papiere abnahmen und einer Nationalsozialistin übergeben die als Zeugin auf Emigranten im Saargebiet und anderswo losgelassen wurde. Sie hofften, mit dem bei der Arbeit als bekannten Namen der ehemaligen Nationalsozialistin, kommunalen Geschäfte machen zu können, doch ist dieser Plan von der Note Hilde sehr schnell aufgedeckt und entlarvt worden.

Eine Aktion sah Tina Schmidt im Berliner Frauenkonzentrationslager in der Barnimstraße. Dann wurde sie von einem Konzentrationslager ins andere geschleppt. Sie sollte physisch vernichtet werden. Jetzt ist sie seit Monaten im Lager Hohenheim, völlig am Ende ihrer Kräfte. Sie ist nicht mehr imstande zu leben und ihr körperliches Befinden ist so schlecht, daß schwerer Lebensgefahr besteht.

Wie die ärztliche Behandlung der schwerkranken Frau aussieht, erhebt aus der Tatsache, daß der Arzt der wöchentlich einmal aus der Nachbarstadt in das Konzentrationslager kommt über tausend Hinfälligkeit, zu betonen hat.

Wir appellieren an die Volksherrschaft, das bedrohte Leben der ehemaligen Nationalsozialistin, die zur glücklichen im Staate Wisconsin am 28. April beteiligt gewesen seien, bei der mehrere Polizeibeamte erschossen worden sind. Kennort, 8. Juni. Drei wegen eines Mordes zum Tode verurteilte Männer wurden um 13 Uhr im Singing-Gesäng-

den Antifasch Hin wurde, zu retten. Wir müssen verhindern, daß Tina Schmidt die den ganzen Barbarismus und Korruptionsgeist des Nationalsozialismus kennen gelernt hat und daraus mutig die Konsequenzen zog, der braunen Nacht zum Opfer fällt.

Frauen im Konzentrationlager

„Die muß waschen, bis sie auf der Schnauze liegt...“

Die Hitlerregierung ist bemüht, über die Lage der Frauen in den Konzentrationslagern undurchdringliches Dunkel zu breiten. Die Herrschaften im Propagandaministerium pflegen sogar mit verdächtig großer Regelmäßigkeit zu erklären, daß es gar keine Frauen in Konzentrationslagern gibt. Diese Erklärungen sind unwahr, wie sich alles, was aus Weibchens Herrschaftsbereich kommt. Die illegale Note Hilde Deutschlands ist in Besitz der ausführlichen Schilderung einer 30 bis 40jährigen Frau über ein Konzentrationslager, in dem Frauen gefangen gehalten werden.

In diesem Bericht heißt es:

Ich wurde im Herbst 1933 verhaftet. Während meiner ersten Vernehmung gab ich zu, früher Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Man wollte mich als solch zur kommunistischen Partei in Hamburg, was ich aber nicht war und abtritt. Während man mich am Tage am größten Teil zutrieb, wurde ich jede Nacht zum Verhör gebracht. Raum war ich wieder in der Zelle, mußte ich von neuem zum Verhör. Nacht für Nacht ging es so. 14 Tage habe ich nicht geschlafen, brannnte das elektrische Licht unbarmherzig in meiner Zelle. Ich lag noch keine halbe Stunde, da wurde ich wieder zum Verhör gerufen. So erging es ununterbrochen. Kein Verhör, das weniger als zwei Stunden dauerte. Ich nahm mich 12 bis 14 Beamtinnen als Kampfgener. Das längste Verhör dauerte fast sechs Stunden. Da Gefangene am Tage nicht liegen dürfen, kann ich jeder meinen Zustand nach diesen 14 Tagen vorstellen. Bei einem Verhör vorherige ich der Aussage, zunächst: „Wir brauchen Sie nicht zu quälen. Wir können Sie auch durch andere Methoden zermürben und physisch vernichten.“

Schließlich wurde ich in das berüchtigte Konzentrationslager H. gebracht. Es liegt mehrere hundert Meter hoch in einer der isolierten Bezirke Deutschlands. Krüder war es eine Augenüberbetriebe und Scherz, Spiel und Weisung der wandernden Anwand um drei kleine Mauern. Aber das „dritte Reich“ hat eine entsetzliche Marterhöhle, eine Stätte des furchtbaren Grauens daraus gemacht. Während meiner dreimonatigen Aufenthalt in H. haben nicht weniger als zehn Häftlinge aus Verzweiflung oder unter Nachhilfe der Besatzungsmannschaft Selbstmord durch einen Sprung aus dem Fenster oder von der Mauer in die Tiefe verübt. Außerdem sind mehrere so mißhandelt worden, daß sie in die Irrenanstalt überführt werden mußten.

Bei meiner Einlieferung bestand die Belegschaft aus 700 Männern, 40 Frauen und 20 SA-Bewachungsmännern. Ich wurde in die Waschküche geschickt, wo zehn Frauen Tag für Tag die ganze Wäsche für die 1000 Menschen des Lagers waschen mußten. Mit den Worten: „Die muß waschen, bis sie auf der Schnauze liegt!“ wurde ich dem Leiter der Waschküche übergeben. So hand ich dann, während die anderen Frauen manchmal Kopfen oder Füßen durften, mit von Seife und Chlor verfestigten Händen am Waschrog oder mußte auf dem Boden oder im Hol bei bitterster Kälte Wäsche aufhängen. Mehr als einmal bin ich zusammengebrochen, aber immer wieder wurde ich zur Weiterarbeit gezwungen.

Nur uns weibliche Gefangene gab es keine weibliche Bewachung. Untere Räume wurden Tag und Nacht von den SA-Posten kontrolliert, die uns oft nachts mit ihren Blutlaternen weckten und murcens beim Schlafen hörten. Die SA-Bewachungsmännchen gehört zu dem übelsten Menschennaturmaterial, das mir je begegnet ist. Sozial Arbeit und Weiblichkeit habe ich noch nie bestimmen gesehen. Die männlichen Gefangenen wurden oft von ihnen geprügelt. Sie wurden dazu in einen bestimmten Saal geholt. Am nächsten Tage mußten wir Frauen dort diesen Saal vor den Häftlingen nach Messen und Saufen, die am Frühstück und an den Händen hingen, reinigen. Oft habe ich gesehen, daß unsere Kameraden nach solchen Tagen ihre Lebensgenossen zum Abort tragen mußten.

Mehrere hatten wir schon Besuch von Ministern und Journalisten. Doch aus Angst vor Mißhandlungen wagte niemand etwas zu sagen oder Beschwerde zu führen. Aber die Wahrheit über die Konzentrationslager kommt doch an den Tag.

nis auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Ein vierter mit ihnen zum Tode Verurteilter wurde im letzten Augenblick für zwei Wochen begnadigt, weil er auf seinen Gestandzustand hin untersucht werden soll.

Pariser Berichte

Einheitspreisgeschäfte

Das Kapitel der Einheitspreisgeschäfte, das seit Monaten Kammer und Senat erfüllt, ist noch nicht zu Ende. Einmal hat die Kammer schon mal die Auflösung der ebenso gefüllten wie umkämpften Geschäfte der Tagesartikel beschlossen, dann machte der Senat den Beschluß zunichte, und seitdem geht das Weberschifflein hin und her.

Jetzt ist das Projekt wieder in dem Senatsauschuß umgezogen. Der neue Handelsminister hat ein Exposé gemacht und sich für die Reglementierung der Häuser mit den „prix uniques“ ausgesprochen. Aber beschlossen wurde noch nichts. Die so verwickelte Frage — in die durch eine künstliche Agitation von interessierter Seite auch die Frage der deutschen Emigranten und angeblichen deutschen Kapitals hineingezogen wurde — soll knifflischer Weise erst in vierzehn Tagen wieder neu behandelt werden.

Am Grabe Hans-Adalbert von Maltzahn

In Boulogne an der Seine, in der Landschaft, die er so geliebt hat, wurde von seinen Freunden am Freitagnachmittag der arme Baron Maltzahn zu Grabe getragen. Es war das Begräbnis eines seltsamen Menschen, um den viel Unverständnis, Geheißsein und Zigeunertum war.

Der schlanke Mensch mit dem Adlerkopf, Sohn einer uralten preußischen Offiziersfamilie, Zögling der Ritterakademie zu Brandenburg — des feudalsten und furchtbarsten, was es gibt, — schrieb seit langem von Paris für demokratische und sozialistische Zeitungen. Er stand seit langem auch mit der Berliner Volksbühne in Verbindung und brachte nach Deutschland, als wirklicher Literaturförderer genaue und an der Quelle gewonnene Anschauungen des französischen Theaters. Er liebte die Bretter in hohem Maße und war ein Mann von hoher, fast schulerhafter und immer zum höchsten Ausbruch bereiter Kultur und immer von höchstem Ausdruck der Persönlichkeit. Er war, wenn man so will, einer der Heiligen im Urheiligen, ein Mann, der hungerte, um seinen Leidenschaften und dem Leben, das für ihn nur Kunst und Wort war, zu fröhnen.

Der alte Reiteroffizier, der auch als Vierzigjähriger den Reiz einer hoheitsvollen Erscheinung bewahrte, hat mehrere Dichter überseht, vor allem Paul Raynal, dessen Herold er war. Er war wie kein anderer berufen, als einer der letzten Gläubigen des Weltgewissens und Europäertums in Deutschland „am Grabe des unbekanntem Soldaten“ zu sitzen und den Ruhm der „Marneschlacht“, den pazifistischen Sang der „Francerie“ in die Lande hinauszutragen. Am meisten hat er darunter gelitten, daß manchmal Schicksalsgenossen diesem fast martyrischen Apostel, das der preußische Uradlige,

14. Traversé 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett
Ordination täglich von 9-12 und 2-5: Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

den Hitler und seine leicht zu habenden Würden verschmähend, in seinem unstillen Wandel an der Seine mit sich herumtrug, nicht immer glaubten.

Schlaf wohl, armer Baron Maltzahn, schlaf wohl an der Seine. Ich sehe Deine große Schrift vor mir, mit den weit holenden Zügen, den eilenden Buchstaben, die wie durch die Nacht des Lebens jagten, und denke, daß du ehrlich gefallen bist, alter Rittmeister, im Kampfe um das freie Deutschland. In dir war wenig Kleist, (obwohl man gesagt hat, daß das der einzige Preuße mit Kultur sei), in dir war viel Westliches, und die Stiche im Café de l'Univers gegenüber dem Hause Molières sahen dich oft verständnisvoll an, und wenn ich nachdenke, warst du, mit deinem hellen Verstand und dem schwärmerischen Hang zu Frankreich und Freiheit am ehesten noch ein Bruder von Büchner, mit dem du auch das frühe Schicksal teilst:

„Ein unvollendet Lied, sinkt er hinab,
Der Verse schönsten nimmt er mit hinab.“

Baptist.

Der Fall Jo Lhermann oder Ullmann

Durch eine Gerichtsverhandlung vor einer Pariser Strafkammer ist ein Fall in die Öffentlichkeit gedrungen, über den seit längerer Zeit als über eins der trübsten Kapitel der Emigration gerannt wurde. Es handelt sich um den ehemaligen Veranstalter von Berliner Matineen und „Theaterbesessenen“ Jo Lhermann, der unter dem (wahrscheinlich wegen des an Rilke erinnernden Klangs gewählten) Namen Walter Maria Ullmann eine Rolle in der Pariser Literaturgesellschaft gespielt hat, die leider auf Kosten zahlreicher anständiger Literaten geht.

Es ist wohl nötig, die Dinge einmal beim richtigen Namen zu nennen. Ullmann, der in Berlin durch seine Margarine-Geschichten und durch Durchbrennen mit der Kasse bereits übel aufgefallen war, gründete in Paris das „Blaue Heft“, eine in deutscher und französischer Sprache erscheinende Kunstzeitschrift mit einem Stich ins Aktuell-Politische. Für die letzten Dinge gewann er den mit einer reichen Frau aus bekannter Familie verheirateten Sohn des früheren Botschafters und Ministers Renaud de Jouvenel, der darin auch seinen in Hitler-Verständigung machenden Bruder Bertrand de Jouvenel schreiben ließ. Inzwischen hat er sich mit einigem Substanzverlust aus dem Ullmann-Wagen zurückgezogen. Die durch die gute Verbindung gewonnene Verstärkung seines Ansehens benutzte Lhermann dann zur Gewinnung einer Reihe deutscher und französischer Mitarbeiter von Rang, die sich auf die Ehe aus Leichtsinne oder Mischung von Geldnot und Nochalance einließen. Daneben machte er Verlagsgeschäfte mit einer Reihe von Dichtern, die heute wohl gerne das dem Geschäfte in der rue Notre Dame de Lorette geliehene Vertrauen im Busen bewahrt hätten, während Lhermann seinerzeit natürlich die Tantieme im Busen bewahrte.

Es ist unglücklich, daß ein notorischer Hochstapler in geistigen Regionen, aber auch gewöhnlicher Schwindler wie dieser Lhermann es verstanden hat, eine Reihe wohlgesehener Leute hereinzulügen und daneben ziemlich wahllos seine Mitarbeiter zu betrügen. Die jetzige Verhandlung vor den Strafrichtern aber hat bewiesen, daß der edle Freund der Musen auch seine bei mancherlei Tratten erworbenen Zeichenkünste auf Postabschnitten verwandte. Der ehemalige Inhaber des Bergis-Verlages machte nämlich üble Markgeschäfte mit einigen Banken, wobei er die Stempel auf den Zahlungen der deutschen Kunden fälschte. Als das herauskam, war der blaue Mann verdorft, einschließlich seiner Freunde, und zwar soll er bezeichnender Weise, wie die Fama berichtet, durch Hitlerdeutschland mit seinem österreichischen Paß nach Prag gefahren sein. Die Franzosen haben den üblen Burschen

jetzt zu vier Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt, während seine Freundin Ruth Adler 2 Jahre Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe erhielt (beide in Abwesenheit). Außerdem wurden noch zwei Mitangeklagte Simonssohn und Kester verurteilt.

Das Schlimmste ist, daß der Fall dieses kunstbegabten Hochstaplers noch nicht zu Ende zu sein scheint. In Prag und wohl auch in Wien scheint der internationale Gastspielreisende neue Opfer und Wohlmeinende oder Vertrauensselige zu suchen und zum Teil auch schon gefunden zu haben. Es ist daher hohe Zeit, alle literarischen Zentren in gleich viel welchen Hauptstädten vor diesem Mann, der nach dem Muster der internationalen D-Zugdiebe zu behandeln ist, zu warnen. Ein Mann wie Lhermann oder wie er sich sonst nennen mag, gehört nicht unter die Leute mit der Feder, sondern unter die Leute mit den Fingerabdrücken. Wir legen den größten Wert darauf, daß dem Rückfälligen alsbald das Handwerk gelegt wird.

Boileau sagt an einer Stelle die in Paris zum Sprichwort gewordenen Verse: „J'appelle un chat et Rolet un fripen.“ Diese Literaturkenntnis sollte man auf Lhermann in allen europäischen Ländern „bestens“ anwenden. (Um Nachdruck, im doppelten Sinne des Wortes, gebeten.)

BRIEFKASTEN

Emigrantenklub Brüssel 1933, Maison des Artistes 19 Grand-Place. Am Dienstag, 12. Juni, 10.30 Uhr, spricht bei uns der in Emigration lebende Schriftsteller Heinz Herrmann und liest aus seinen veröffentlichten und unveröffentlichten Werken. Eintritt 4,- Fr., für Mitglieder 2,- Fr.

Wirtschaftsrat für Belgien in Belgien. Diese Organisation beabsichtigt in ungenügender Weise, die Emigranten im Aufbau einer neuen Existenz zu unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Wirtschaftsrat einen Fragebogen herausgegeben, der gegen einen Franken und Beifügung des Rückporto (in Briefmarken) bei der Geschäftsstelle des Wirtschaftsrates, Brüssel, 98, Avenue de Cortenberg, erhältlich ist.

Anstaltsdeutsch in Spanien. Ihre Anregung ist unerfüllbar. Sie widerspricht den Bestimmungen des Verfallers Vertrags.

Satz. Für Ihre Einfindung besten Dank. Wir nehmen aber nach wie vor den Standpunkt ein, und in diese Auseinandersetzungen nicht einzumischen. Dazu ist die Parteitopie der betreffenden Länder berufen.

Beber. Vielen Dank für Ihr Gedicht. Die Form ist gelungen, aber der Inhalt schon etwas überholt. Vielleicht gelingt Ihnen später einmal etwas Besseres.

„Prella 1928.“ Uns ist über den derzeitigen Aufenthalt des früheren Oberbürgermeisters Adenauer von Köln nichts bekannt. Neu ist lesen wir aber in dem Kölner Westblatt, daß diese „Sohemgröße“ des Zentrums besonders ins Herz geschlagen hat, dies: „Man hat inzwischen erfahren, daß Dr. Adenauer sein gerühmtes Mal im Hotel Maria Theresia verlagern habe und sich nun in der Reichshauptstadt befinde. Es ist zwar richtig, daß der frühere Oberbürgermeister mit seiner Familie inzwischen nach Berlin verzogen ist, doch liegt sich bisher nicht in Erfahrung bringen, was er weiter zu tun gedenkt. Was mit der leerstehenden Villa des ehemaligen Oberbürgermeisters am Stadtwaldgürtel in Köln geschieht, steht zur Zeit noch nicht fest.“

Die letzten erscheinende „Neue Weltbühne“ bringt in ihrer dieswöchentlichen Ausgabe folgende Beiträge: Neo-Vasizismus von Hermann Sudhoffs; Goebbels, streng vertraulich von Heinz Volz; Politische Schaulustigkeit von T. R. Huber; Kardinal Faulhaber von Waldemar Grimm; Hammer oder Amboss von Peter Rau; Pöge von Walter Rode; Vorkriegsroman von Richard Popen; Militante Weltanschauung von Hans Knorrb; Streicher von Erich Weiner; Bemerkungen — Antworten.

Für den Gesamtbau verantwortlich: Johann Vig in Dabweiler, für Anfertigung Otto Kubin in Saarbrücken Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 5. — Schillingstraße 776 Saarbrücken.

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIÉ EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuern
behalten, um vom offiziellen Standpunkt
aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2). Telefon Louvre 22-93

Stiller Teilhaber

gesucht mit 10000 Fr. Einlage für gutgehendes
mit Aufträgen versehenes Heizungs-Firma in
STRASBOURG. Auskünfte erteilt die „Deutsche
Freiheit“ unter Nr. 1011.

Zum Nachdenken

Von E. J. Gumbel

Diese Aufsätze veröffentlichen wir, ohne daß wir mit jedem Satze einverstanden sind. Red. d. „D. F.“

Ueber ein Jahr ist es her, seit die deutsche Emigration als Massenerscheinung begann. Noch heute ist sie weder ökonomisch noch politisch noch moralisch stabilisiert. Wir haben keinen Grund, besonders stolz zu sein, weder auf das, was wir in Deutschland geleistet, noch darauf, was wir in einem Jahr Exil geschaffen.

Die entscheidende Tatsache, deren letzte Konsequenzen uns bemerkt werden müssen, ist die ungeheure Niederlage der Arbeiterbewegung wie aller fortschrittlichen Ideen, die zu ihr standen, und die unauslöschliche Schande der kampflosen Niederlage. Kampflöse Niederlage ein Widerspruch nur in der Philologie, nicht in der Politik.

In unserer zentralen Aufgabe, die Naziherrschaft wirksam zu bekämpfen, werden wir nur Erfolg haben, wenn wir die Fragen richtig stellen. Zur Lösung eines Problems ist dies häufig der wichtigste Schritt. Die Beherrschung der Zukunft setzt Kenntnis der Ursachen der Gegenwart voraus. Daher die Notwendigkeit zum Nachdenken über das, was geschah, zur prinzipiellen Erkenntnis der von uns allen begangenen Fehler.

Bisher hat es sich die Emigration demgegenüber leicht gemacht: die einen leugneten die Niederlage, nur die andern sind geflohen. Die andern schoben die Schuld auf die einen: „Warum seid Ihr abseits gestanden — bei unserer Niederlagenstrategie?“ Jede Gruppe besaß den Stein der Weisen und alle andern waren an allem Unglück schuld. Die alten Manuskripte, etwas umgeschrieben, werden zur Basis der politischen Auseinandersetzung, mit dem Ergebnis, daß manche Emigranten heute noch nicht wissen, warum sie hier sind. Dem entspricht die Einstellung des Auslandes: Der Uebergang eines ganzen hochindustriellen Landes in die Barbarei wird als einmaliges, deutsches Ereignis verkannt und seine Bedeutung verhandelt in kurzfristigem Bedauern über die Not.

Wir aber müssen fragen: Warum hat es der Teil der sozialistischen Bewegung, für den Sozialismus nicht mit bürgerlichem Fortschritt identisch ist, nicht vermocht, die Alltagsfragen zum Ausgangspunkt prinzipieller Entscheidungen zu machen? Warum hat die antikapitalistische Sehnsucht der Massen sich gegen den Sozialismus gekehrt? Warum lief die Jugend in hellen Haufen von uns fort ins Lager der Feinde? Warum gelang es den Faschisten, den Klassenhaß des Kleinbürgers gegen den Arbeiter und seine Zucht zum Hebel eines ungeheuren Sieges zu machen, während wir das Klassenbewußtsein des Arbeiters und Angestellten, der überwiegenden Mehrheit des Volkes, nicht mobilisieren konnten? Wir knüpften an den spezifischen Charakter des Menschen an, der im Gegenjag zum Tier seine Nahrung selbst produziert. Wie konnten die Faschisten dies erfolgreich als die Lehre der Untermenschen darstellen, sie, deren Theorie gerade die tierische Natur des Menschen als höchsten aller Werte setzt, und gerade diese Lehre zur Quelle für Begeisterung und Freude machen? Was nützte die Vergrabung einer Theorie, die erlaubte, nachträglich alles zu prophezeien, die schließlich alles, was ist, für vernünftig erklärte, den kühnsten Anhängern gestattete, jede Niederlage in einen Sieg umzudichten?

Die Nazis haben es verstanden, Gemütsmerze zu mobilisieren, Minderwertigkeitsgefühle zu überkompensieren. Diese Rationalität müssen wir verstehen. Sonst lebt die Allweisheit der einmal durch die „Tatsachen“ festgelegten Weltanschauung weiter, auch wo die Realität, weit entfernt, nur gedanklich wird — im Exil.

In Deutschland existiert heute keine revolutionäre Situation. Die Gnadenfrist, welche die Entwicklung den italienischen Sozialisten gewährte, blieb uns versagt. Die illegale Arbeit wird erst nach langer Zeit Früchte tragen. Die namenlosen Leiden und Opfer, die Opfer und Leiden der Namenlosen, der Heroismus derer, die, von Tortur und Qualen ohne Ende bedroht, heute in Deutschland illegal arbeiten, müssen im großen Schuldbuch unseres Herzens vermerkt sein.

Es gilt für uns den Kontakt mit der unterirdischen

Wirklichkeit unserer Heimat nicht zu verlieren, die autochthone Fragestellung zu erkennen, die manche Liebgewordene Unterscheidung verwirft. Sonst werden wir bald die Sprache dort nicht mehr verstehen. Hüten wir uns, jede kleinste Bewegung, die dem eigenen Antrieb zugeschrieben wird, zu vergrößern, das Blatt mit Siegesnachrichten zu füllen, entsetzten durch falsche Perspektive, aufgeschloßen durch wuchernde Hoffnungen.

Wir dürfen den Nazis nichts glauben, nicht einmal die Größe der von ihnen eingeländerten Opposition. Denn um die Fortdauer des Terrors auch im faschistischen Alltag, der grau ist wie der Alltag jeder Krise, zu rechtfertigen, müssen die Nazis die Bedeutung des inneren Feindes vergrößern.

An zwei Revolutionen haben wir die Bedingungen erkannt, unter denen sie möglich ist: ein System stirbt „von selbst“, wenn niemand mehr bereit ist, für es zu sterben. Wenn durch alle Gesellschaftsschichten das Bewußtsein der Instabilität hindurchgezogen ist, vermag die organisierte, zielbewusste Minderheit sich gegenüber der apathisch gewordenen Mehrheit durchzusetzen. Selbst wenn Europa nicht im Krieg versinkt, werden noch Jahre vergehen, bis die Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen, die Zermürbung durch die Krise, die Angst vor der Denunziation sich verwandeln in das Bewußtsein der Unmöglichkeit einer Fortdauer, bis die Massen deswegen keine Grundlage der Herrschaft mehr bilden, weil die zugehörige andere Basis, die Propaganda, abgestumpft vor tauben Ohren klingt, bis nirgends mehr das Duzend Maschinenengewehr befehlet werden kann, das genügt, um die waffenlose Stadt zu beherrschen.

Diese Betrachtung soll uns ermutigen. Denn wir können nur siegen im Bewußtsein der Schwere des Kampfes und der Höhe des Einsatzes. Vor allem müssen wir uns klar werden über die Größe des Ziels, das weit über alles hinausragt, was bisher vor uns stand. Die Alternative lautet: Untergang in die Barbarei oder Sozialismus — und damit Rettung dessen, was die bürgerliche Gesellschaft an Traditionswürdigem geschaffen hat.